

# Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 51

Duisburg, den 17. Dezember 1932

33. Jahrgang

## Großbourgeoisie und deutsche Arbeiterschaft



Die Aera Papen (Zugenberg) ist vorläufig erledigt. Mit Intrigen begonnen, mußte sie sich aus ihrem Wesen heraus zur reaktionärsten Regierung entwickeln, welche Deutschland seit langem gekannt hat. Es haben diejenigen recht behalten, welche eine Gefahr für Deutschland weniger in dem zwar schnell vorwärtstrebenden, aber sehr heterogenen Nationalismus sahen, als vielmehr in der kleinen, aber in konzentrierter Machtfülle, mit unzähligen Verbindungen bis in die Spitze des Reiches dastehenden Großbourgeoisie, als deren markantester parteilicher Vertreter Zugenberg anzusehen ist. Bis zum Rand gefüllt mit antisozialen Instinkten, welche man geschickt hinter nationalen Worten verbirgt, hat sie nicht erst in diesem Jahr eine deutschlandfeindliche Politik betrieben. Diese kleine, aber vor allem kapitalkräftige Clique setzte durch ihren Einfluß — wenn auch nicht durch ihr Wort — den Reichstag schachmatt, belastete die Ärmsten auf das unerhörteste, trieb eine verderbliche Außenpolitik und attestierte dem deutschen Volke täglich durch Presse, Film und Nachrichtenbüros, daß nur in ihrer mit mystischem Klingklang behangenen Präsidialregierung die Rettung Deutschlands liege.

Dieses Spiel konnte um so mehr erleichtert werden, je mehr das Volk kühne Taten von seinen Parteiführern verlangte und je mehr die Parteiführer verlangten, daß das Volk sich mit schönen Reden begnügen solle.

Die Regierung Papen hatte ihre Kräfte überschätzt. Sie wollte auf Kosten der Lebenshaltung des Volkes die Initiative der Unternehmer zum Erwärmen bringen. Aber der Motor mußte versagen; denn es ist ein altes, aber auch heute noch zuwenig beachtetes Gesetz, daß das Herabdrücken einer wirtschaftlichen Gruppe böse Wirkungen auf andere Gruppen hat. Ob die alte Wirtschaftsauffassung, wie sie prägnant aus dem Bericht der DD-Bank zum Ausdruck kommt, daß es e n t s c h e i d e n d auf die Kapitalzuwachs-Quote ankomme, nicht doch eine Revision wird erfahren müssen, wird je länger, desto mehr wahrscheinlich.

Kaum aber ist die Regierung Papen-Zugenberg verschwunden, da setzt auf das neue Kabinett Schleicher konzentrisch der Angriff der antisozialen Kreise ein. Warum? Weil Schleicher auch mit den Gewerkschaften verhandelte. Das allein schon ist geeignet, heute in Deutschland einen Menschen zu diskreditieren. Die bekannten „Führerbriefe“ vom 6. Dezember geben dieser Anschauung Ausdruck:

„Man hat gewisse Besürchtungen wegen der Sphäre des Kameradschaftssozialismus, aus dem der neue Kanzler herkommt, wegen seiner guten Beziehungen zu den Gewerkschaften, wegen der Berufung Gerekes u. a.“

Wir würden uns gar nicht wundern, wenn deshalb eines Tages aus dem Hinterhalt auch der Pfeil „Verrat nationaler Güter“ gegen Herrn von Schleicher abgeschossen würde.

Wir stehen dem Kabinett Schleicher zunächst abwartend gegenüber. Wir geben ihm eine Chance. Aber wir verhehlen nicht, daß die Zusammensetzung seines Kabinetts, vor allem soweit Herr von Braun (Kontingentierungspolitik) in Frage kommt, nicht gerade geeignet ist, besonderes Vertrauen zu erwecken.

Das Kabinett Schleicher ist an einem Wendepunkt deutscher Geschichte eingesetzt worden. Es scheint von dem Willen getragen zu sein, dem sozialen Gedanken stärkere Einflußmöglichkeiten zu geben.

In Deutschland spitzt sich das Ringen entscheidend zu zwischen der Großbourgeoisie und dem sozialen Gedanken. Hinter diesem steht, wenn auch in verschiedenen Lagern, das deutsche Volk. Die Aufgabe der Zukunft wird sein: die Einfügung der Interessen der

## Umformung der Wirtschaft und ihres Geistes

steht heute in Volksnot und Volkswollen nach vorwärts mit im Mittelpunkt der uns bedrängenden Fragen. Denn von hier aus will auch ernsthaft das Problem der Arbeitslosigkeit, der Krisenverminderung, der Stellung der Arbeiterschaft, der Gesamtverantwortung aller für Wirtschaft und Nation angesehen werden.

Immer mehr schält sich aus allem der Gedanke der berufsständischen Ordnung

heraus. Aus dem theoretischen Bau und der vielfachen Verzästelung dieser Idee gilt es, Klarheit zu gewinnen und vor allem eine Einseitigkeit zu verhindern.

Unvoreingenommen, aber eindringlich wollen wir

das Für und Gegen dieser Idee

erörtern und zur Debatte stellen.

Unser Verbandsorgan wird mit Beginn des neuen Jahres eine Artikelserie aus ersten Federn über die „berufsständische Ordnung“ bringen.

Es werden schreiben:

Professor Dr. Brauer; Professor Dr. von Kell-Breuning; Generalsekretär Dr. Kattermann; Unternehmer Dr. Sackelsberger; Fabrikant Dr. Schürholz; von Diebahn; Professor Dr. Meßner; Dr. Kogon; Franz Röhr.

Unsere Kollegen mögen diese Artikelserie gut lesen und verarbeiten. Nichts ist stärker als angewandtes Wissen, und nichts macht schwächer als das Schlagwort.

Großbourgeoisie in die Interessen der Nation. Das wird nicht leicht sein. Vielleicht muß man sie erzwingen. Brüning hatte eine große Chance in der Hand. Die Herrschaft hinter der Tapete mit ihrem unwürdigen Druck auf unten hat Deutschland lange genug belastet. Sie hat in Deutschland das verheerende Feuer des Klassenkampfes erst entfacht. Sie hat die vollstehende Zusammenschließung des deutschen Volkes verhindert.

Das Siedlungsproblem erhält aus diesem Aspekt heraus ein neues Gesicht. Es ist nachgerade zu einem der wichtigsten Punkte geworden. Vor allem den Osten stärker zu schützen und die Menschen wieder mit dem Boden verbunden zu machen. Aber Siedeln im Osten heißt zunächst: Aufräumen mit Privilegien! Brüning mußte fallen, weil er einen Teil der rettungslos verschuldeten Güter für die Siedlung freimachen wollte. Es gibt dort Güter im Werte von 500 000 RM, welche mit 1,5 bis 2 Millionen RM belastet sind. War vorher billiges Siedlungsland zur Genüge vorhanden, so trieb man unter der Ära Papen die Bodenpreise so stark in die Höhe, daß eine rentable Siedlung fast unmöglich gemacht wurde. Die Rittergüter wurden auf Kosten der Armen entschuldet, und der Siedlungsgedanke wurde eine Redeangelegenheit des Herrn von Papen. Wurden im Jahre 1931 noch 10 000 neue Siedlerstellen geschaffen, so 1932 nur noch 3900 Stellen, und für 1933 sind nur noch 1200 vorgesehen. Die Tätigkeit des Herrn von Braun im Kabinett Papen drückt sich darin aus. Das ständige Nachgeben der Regierung Papen im Interessenkampf zwischen Großlandwirtschaft, Industrie und Großfinanz hat sich geradezu sträflich am deutschen Volksleben ausgewirkt. Die Aufstellung überschuldeter Güter im Osten an aufbaufähige Kräfte ist eine soziale und politische Notwendigkeit.

Die Kontingenzierungsfrage hängt im engsten mit der Schuldenwirtschaft der ostdeutschen Großlandwirtschaft zusammen. Um sie zu entschulden, wurden die gewagtesten wirtschaftspolitischen Experimente gemacht. Ja, man betrachtete die deutsche Wirtschaftspolitik nach den Roggenfeldern der östlichen Güter. Man gab vor, der Landwirtschaft zu nützen. In Wirklichkeit schädigte man den kleinen und mittleren Bauern zugunsten der Großlandwirtschaft. Zugleich aber griff man an die Wirtschaftsquellen der Industrie. Die Kontingenzierungsmaßnahmen und -androhungen haben große Teile des Weltmarktes für deutsche Industrieerzeugnisse, vor allem der Metallindustrie, verschlossen oder die Aufnahme von Produkten erschwert. Unsere Ausfuhr wurde gehemmt und die Arbeitslosenziffer vergrößert. Daß eine solche Politik, welche besonders die Metallindustrie schädigt, nicht weiter fortgesetzt werden darf, wird — trotz Braun — eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung Schleicher sein.

Der Kampf um die Verfassung durch die Herrenlaste geschah nicht etwa aus dem Bedürfnis nach Reformen. Der kennt die Herrenlaste schlecht, der sich dieser Ansicht hingeben sollte. Die verkündete „Verwaltungsreform“ ist — das stellt sich in erschreckender Eindeutigkeit immer mehr heraus — gar nichts anderes als ein Herbeibringen der der Herrschicht genehmen Personen in die höheren Posten. Der Herrschicht ist die Staats- und Regierungsform an sich riesig gleichgültig; Voraussetzung ist, daß sie die ausschlaggebende Macht darin besitzt. Eine wirkliche Reichs- und Verwaltungsreform müßte anders aussehen, als die Herrschicht sie aus angeblicher Sorge um die Nation machen möchte. Um in die ausschlaggebende Macht zu kommen, wurden Volksvertretung und Volksrechte diskreditiert, wurde

die Möglichkeit eines Oberhauses, in dessen Hände man die Gewalt spielen wollte, wurde die Notwendigkeit eines Reichsverwesers betont, ja, es wurde offen zum Sturz der Verfassung aufgefordert, ohne daß die — bekanntlich blinde — Justitia etwas davon gemerkt hätte. Vielleicht ist sie in Deutschland auch taub geworden. (Wir möchten jedoch dem „kleinen Mann“ nicht raten, daraufhin zu sündigen. Die deutsche Justitia hat nämlich dann die merkwürdige Anwendung, hellhörig zu werden.) Die Arbeiterschaft hat ein Lebensinteresse an der Verfassung, in welcher zum erstenmal ihre sozialen Rechte niedergelegt wurden. Eine Schwächung der Rechtsbasis würde unabsehbare Folgen haben. Die Arbeiterschaft kann bei anziehender Konjunktur schnell im Kampf ihre Lohnlage usw. verbessern. Ist aber einmal ein Recht verloren gegangen, dann wird die Arbeiterschaft Jahre, vielleicht Jahrzehnte darum kämpfen müssen. Deshalb ist es für die Arbeiterschaft so wichtig, gerade im Kampf um die Rechtsbasis ihren Mann zu stellen.

Die letzten Notverordnungen trugen zu deutlich den Stempel der Deklassierung der Arbeitslosen und der Arbeit, als daß ihr sozialpolitischer Teil weiter bestehen könnte. Die Ansicht, ohne finanzielle Abstriche könnten die Millionen Arbeitslosen und Rentner nicht über Wasser gehalten werden, wirkt um so merkwürdiger, als den anderen Schichten im gleichen Atemzuge Vergünstigungen gegeben wurden. Daß den Arbeitslosen mehr gegeben werden soll, bringt eine bestimmte Presse sehr in Aufregung. Die „Bergwerks-Zeitung“ vom 8. Dezember sagt es:

„... Die Gewerkschaften fordern auch für die Arbeitslosen Erhöhung der Unterstützung, ohne zu sagen, woher sie genommen werden soll.“

Woher? Durch eine bessere Verteilung der Lasten. Der Besitz hat endlich gemäß seiner Kraft mehr mit an den Lasten zu tragen. Es war nie eine Angelegenheit der Herrenlaste, zu fragen, wovon die unteren Schichten leben sollten. Bis eines Tages die Wogen zusammenschlagen, wie in Rußland, Spanien und Mexiko. Besonders die Verordnung vom 4. September mit ihren Lohnkürzungen hat viel Erbitterung ausgelöst. Sie waren als Ganzes so unwirtschaftlich, daß das Gros der Unternehmer auf ihre Anwendung verzichtete. Die Regierung Schleicher hat die Pflicht, diese Verordnungen so schnell wie möglich aufzuheben. Zur Mittelbeschaffung für die Arbeitslosen ist notwendig: 1. Die Wiederherstellung des Versicherungsgedankens in der Arbeitslosenversicherung; Leistungen sind auf Rechtsansprüche aufzubauen und mit den Beiträgen in Einklang zu bringen. 2. An Stelle der ungerechten Klassensteuer „Arbeitslosenhilfe“ ist eine nach Höhe des Einkommens gestaffelte allgemeine Belastung zu schaffen. Notwendig ist ferner, alle verfügbaren Mittel aufzuwenden, um die Arbeitslosen über den Winter zu bringen. Wir haben Ueberfluß an Kohle, Getreide und Kartoffeln. Bei planmäßiger Verteilung und allerbilligster Berechnung kann der Not wesentlich gesteuert werden.

Das sind — neben der Frage der Arbeitsbeschaffung — die vorrangigsten und wichtigsten Aufgaben, an deren Erledigung das Kabinett Schleicher zu gehen hat. Von ihrer Inangriffnahme und Durchführung machen wir unsere Stellung zum Kabinett Schleicher abhängig. Das Kabinett Schleicher hat die große Mission, im Ringen gegen die Einseitigkeit und Herrschaftsgelüste der Großbourgeoisie die Rechte und die Zukunft der Nation zu verteidigen. Darin unterstützen wir es.

G. W.

## Deynhausener Schiedsspruch und Rechtsprechung

 Der verbindlich erklärte sogenannte Deynhausener Schiedsspruch vom 26. Mai 1930 brachte unter anderem auch wesentliche Veränderungen in den Akkordbestimmungen des Rahmenvertrages für die Betriebe der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie. Die Durchführung der neuen Akkordbestimmungen gab in größerem Umfange zu betrieb-

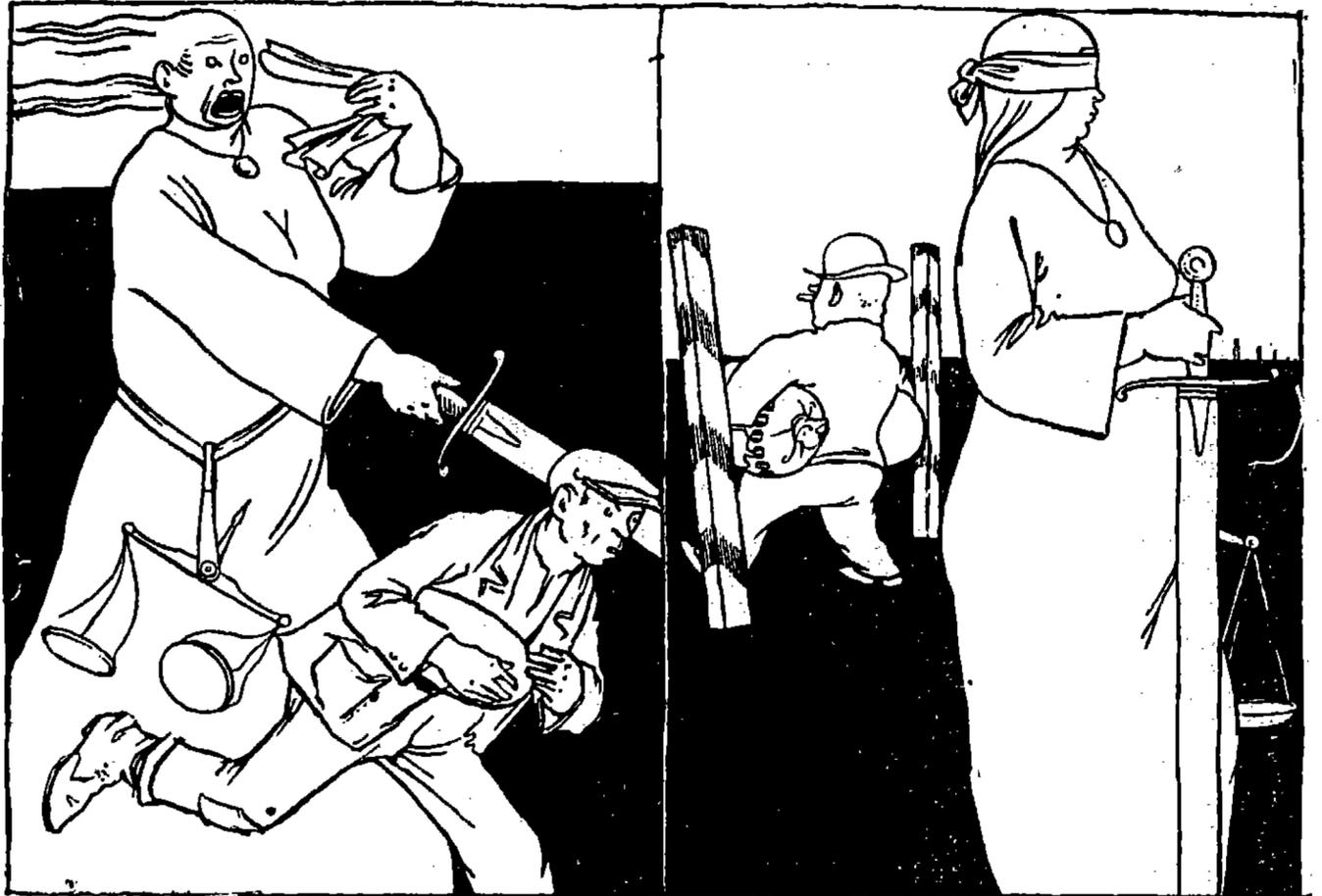
lichen Differenzen Anlaß. Obwohl auch diese Neuregelung vorsah, daß bei Nichteinigung über Akkordpositionen der Arbeitgeber nur unter Einhaltung der Kündigungsbestimmungen neue Akkordsätze in Kraft setzen könne, gingen vielfach Betriebsleitungen dazu über, die neuen Akkordbestimmungen ohne Einhaltung der Kündigungsfristen zu diktieren. Dieses Verfahren führte zu Streiks. Diese wurden von den betrof-

fenen Firmen mit der fristlosen Entlassung der Streikenden beantwortet. Auch Arbeiter- räte wurden, obwohl sie sich bereit erklärt hatten, zu den alten Akkordbedingungen weiter zu arbeiten, unter Nichtbeachtung des § 97 BRG. fristlos entlassen. Einige der entlassenen Betriebsvertreter stellten daraufhin bei Arbeitsgerichten Klagen und verlangten für die Dauer ihrer Entlassung die Lohnzahlung nach den alten Bedingungen. Während einzelne Arbeitsgerichte diese Klagen mit der Begründung abwiesen, daß die Firmen durch später erfolgte Anschläge in den Betrieben die Arbeiterräte zur Arbeitsaufnahme aufgefordert hätten, gaben die Berufungsinstanzen (Landesarbeitsgerichte) den Klägern recht und verurteilten die Firmen zur vollen Nachzahlung des Lohnes. In den Begründungen dieser Urteile wurde mit Recht darauf verwiesen, daß die Firmen verpflichtet gewesen wären, ihren Willen (d. h. die Arbeiterräte zu den alten Bedingungen weiter zu beschäftigen) durch eine eindeutige Mitteilung an die Betriebsvertreter hätten zur Kenntnis bringen müssen. Anschläge im Betrieb konnten die vom Betrieb aus- gestellten Kläger nicht lesen. Das Reichsarbeitsgericht als Revisionsinstanz gab der Auffassung der Berufungsgerichte recht (RAG. 572/30, Urteil v. 16. 5. 1931; Benschelmer Sammlung, Band 12/31, Nr. 137; außerdem RAG. 111/31, Urteil v. 17. 10. 1931; Benschelmer Sammlung Band 15/32 Nr. 78).

Einige entlassene Arbeiterräte hatten nun das Ergebnis der höchstrichterlichen Entscheidung in dieser Streitfrage abgewartet und erst im Frühjahr 1931 die Klage auf Lohnzahlung für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis zum 26. März 1931 (dem Tag der Beendigung ihrer Amtsdauer als Betriebsvertreter) bei den Arbeitsgerichten eingereicht. Diese Kläger wurden mit der Begründung abgewiesen, daß ihre Forderung gegen „Treu und Glauben“ (§ 242 BGB.) verstoße, da sie dieselbe zu spät, etwa ein Jahr nach ihrer Entlassung aus den Betrieben, geltend gemacht hätten. Es müsse deshalb rechtlich „Lohnverzicht“ und „Verwirkung des Lohnanspruchs“ an-

## „Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates“

Bei der Millionenbetrugsaffäre Schäfers von der D.D.-Bank, in der prominente Führer der Wirtschaft verwickelt sind, haben verantwortliche Kreise eine vornehme Zurückhaltung gezeigt.



Haltet ihn! Er hat ein Brot gestohlen.

? ? ? ? ?

genommen werden. Die Landesarbeitsgerichte als Berufungsinstanzen lehnten erfreulicherweise diese Rechtsauffassung ab, gaben vielmehr der Berufung statt und verpflichteten die Firmen zur vollen Lohnzahlung (je etwa 2100 RM). In den Urteilsbegründungen wurde richtig ausgeführt, daß es nicht gegen Treu und Glauben verstößt, wenn die Kläger mit der Geltendmachung ihrer Ansprüche bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage warten, und außerdem hätten die Beklagten mit Bestimmtheit annehmen müssen, daß auf Grund der bereits laufenden Klagen auch die übrigen Interessenten später ihre Rechte klägerisch zum Austrag bringen würden. Es liege also weder „Lohnverzicht“ noch „Verwirkung des Lohnanspruchs“ vor. In seiner Sitzung vom 1. 10. 1932 stellte sich das Reichsarbeitsgericht als Revisionsinstanz auf den Boden dieser Rechtsauffassung und wies die Revisionen der Firmen kostenpflichtig ab (RAG. 263/264/132).

W. Bosbach.

## Die Mehrbelastungen durch die Notverordnungen

### II.

Die Unterschiede zwischen der Besteuerung der Lohnsteuerpflichtigen und der Veranlagten sind in den unteren Einkommensgruppen prozentual am größten; als Ausgleich für die Verschiedenheit der steuerlichen Erfassung sind sie, wie schon begründet, zweifellos berechtigt.

Durch die jüngste Entwicklung der Steuer- gesetzgebung sind die Verschiedenheiten in der Einkommensbelastung vollständig beseitigt. Im anderen Zusammenhange war schon darauf hingewiesen, daß mit den Notverordnungen zu der bis 1930 alleinigen Einkommensbelastung noch drei weitere hinzugekommen sind. Für die Ledigen brachte die Notverordnung vom 26. Juli 1930 einen Einkommensteuerzuschlag in Höhe von 10% des Einkommensteuerbetrages. Dazu kam mit der Notverordnung vom 1. Dezember

1930 die Bürgersteuer, welche als Landessteuer den Gemeinden zur Deckung der steigenden Wohlfahrtslasten überlassen wurde. Zwar ist auch diese Steuer von der Höhe des Einkommens abhängig, doch wird sie im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht in einem veränderlichen Verhältnis zum Einkommen, sondern nach festen Sätzen erhoben, und gerade deshalb wirkt sie sich mehr als alle anderen Steuern unsozial aus. Sie trifft die Steuerpflichtigen um so schwerer, je niedriger das Einkommen und je höher die Zahl der Familienangehörigen ist. Da sie von den Gemeinden in der Regel mit einem Vielfachen des Landesjahres erhoben wird, stellt sie sich in den unteren Einkommensstufen und bei kinderreichen Familien höher als die Einkommensteuerbelastung. Ihre größte Härte liegt darin, daß sie auch von solchen Personen erhoben wird, welche

wegen Unterschreitung des Existenzminimums von allen direkten Steuern befreit sind.

Als vierte Einkommensbelastung ist schließlich noch die **Krisensteuer** hinzugekommen, welche für die Lohn- und Gehaltsempfänger mit der Notverordnung vom 15. Juni dieses Jahres zur Arbeitslosenhilfe umgebaut wurde. In dieser neuen Steuer ist die verschiedenartige Belastung der Lohnempfänger und der Selbständigen konsequent weitergeführt. Während die Veranlagten bei Einkommen bis zu 1600 RM mit nur 0,75% bei Einkommen bis zu 6000 RM mit 1% zur Krisensteuer herangezogen werden, müssen die Lohn- und Gehaltsempfänger ein Vielfaches zur Arbeitslosenhilfe beitragen. Bei Monatslöhnen bis zu 125 RM beträgt sie 1,5%, sie steigt auf 2,5% bei Monateinkommen bis zu 300 RM, auf 5,75% für die weiteren Beträge. In ihrer Wirkung gleicht sie der Bürgersteuer, so auch darin, daß sie das Existenzminimum der Einkommensteuer unberücksichtigt läßt.

Will man die Wirkungen der neuen Belastungen richtig bewerten, dann muß man sie in den einzelnen Einkommensstufen berechnen. Leider läßt sich für die Bürgersteuer kein allgemeingültiger Satz finden, da sie in den Gemeinden nach einem verschiedenen Vielfachen erhoben wird. In den folgenden Berechnungen ist ein Zuschlag von nur 200% in Anrechnung gebracht, obwohl in den meisten Groß- und Industriegemeinden weit höhere Zuschläge erhoben werden. Unter Berücksichtigung dieses Vorbehaltes stellen sich die Mehrbelastungen des Einkommens durch die Notverordnungen in RM auf:

(Ledigenzuschlag, Krisensteuer und 200% Bürgersteuer.)

Jahres- einkommen	Bei den Lohnsteuerpflichtigen		Bei den Veranlagten	
	Ledige	Verheiratete	Ledige	Verheiratete
RM	RM	RM	RM	RM
1 500	57,75	64,50	33,—	38,25
1 700	64,25	69,50	36,75	39,75
1 900	70,25	74,50	39,75	41,25
2 000	74,—	77,—	41,25	42,—
2 200	80,50	82,—	43,50	43,50
2 400	87,—	87,—	47,25	45,—
2 600	93,50	92,—	48,75	46,50
2 800	100,—	97,—	53,40	48,—
3 000	106,50	102,—	57,90	49,50
3 200	113,—	107,—	59,40	51,—
3 400	119,50	112,—	63,90	52,50
3 600	126,—	117,—	69,—	54,—
3 800	139,—	128,50	80,40	65,—
4 000	152,50	140,50	86,40	67,—

Vergleicht man diese Mehrbelastungen zunächst mit der Einkommenbesteuerung, so zeigt sich, daß in den letzten Jahren finanzpolitisch keinerlei Rücksicht auf die soziale Lage der Einkommensbezieher genommen wird. Trotz des Ledigenzuschlages werden die Verheirateten in den unteren Gruppen stärker belastet als die Ledigen; das ist eine Folge der Bürgersteuer, welche mit Recht als Steuerstrafe auf die Ehe bezeichnet wird. Sämtliche Vergünstigungen der Einkommensteuer für kinderreiche Familien sind fortgefallen. Dazu kommt noch, daß die Progression dieser Steuern weit hinter der der Einkommensteuer zurückbleibt. Während die Einkommensteuer in den genannten Einkommensstufen absolut um das Zehnfache und mehr ansteigt, wächst die Mehrbelastung der neuen Steuern nur noch um annähernd das Dreifache, bei den Verheirateten auf wenig mehr als das Doppelte. Deshalb wirken die neuen Steuern umso drückender, je niedriger das Einkommen und je größer die Zahl der von diesem Einkommen lebenden Personen ist.

Grundlegend für die Aenderung der Lastenverteilung sind auch hier die Unterschiede zwischen den Veranlagten und den Lohnsteuerpflichtigen. Die Belastung der Lohnsteuerpflichtigen durch die genannten Steuern ist in allen Einkommensgruppen annähernd doppelt so groß wie bei den Veranlagten. Durch diese verhältnismäßige Mehrbelastungen sind die Belastungsunterschiede der Einkommensteuer derartig korrigiert, daß jetzt

die Lohnneinkommen weit stärker herangezogen werden als die Einkommen der Veranlagten. Rechnet man die Belastungen der Einkommen-, Bürger-, Krisensteuer und des Ledigenzuschlages zusammen, dann kommt man zu folgenden Ergebnissen. In RM beträgt die direkte Einkommensbelastung:

bei den Lohnsteuerpflichtigen:

Jahres- einkommen	Ledige	Verheiratete			
		ohne Kind	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
RM	RM	RM	RM	RM	RM
1 500	80,25	78,—	69,—	64,50	64,50
1 700	101,75	97,50	89,—	71,—	69,50
1 900	123,25	118,—	109,—	91,—	74,50
2 000	134,—	128,—	119,—	101,—	77,—
2 200	155,50	148,—	139,—	121,—	85,—
2 400	167,—	168,—	159,—	141,—	105,—
2 600	198,50	188,—	176,—	161,—	125,—
2 800	220,—	205,—	193,—	181,—	145,—
3 000	241,50	223,50	210,—	198,—	165,—
3 200	263,—	242,—	227,—	212,—	185,—
3 400	284,50	260,50	244,—	227,50	205,—
3 600	306,—	379,—	261,—	243,—	225,—
3 800	334,—	304,—	284,50	265,—	245,50
4 000	362,50	329,50	308,50	287,50	266,50

bei den Veranlagten:

1 500	70,50	68,25	60,75	47,25	38,25
1 700	96,75	92,25	84,75	71,25	39,75
1 900	114,75	108,75	101,25	87,75	60,25
2 000	121,75	108,10	102,—	88,50	61,50
2 200	133,50	124,50	115,50	108,—	78,—
2 400	159,75	147,—	137,—	127,50	102,—
2 600	161,25	147,50	137,—	125,50	103,—
2 800	197,40	175,—	158,—	145,50	127,50
3 000	231,90	204,50	186,50	165,50	149,50
3 200	231,40	205,—	185,—	165,—	149,—
3 400	267,90	234,50	210,50	191,50	168,50
3 600	313,—	275,—	252,—	229,—	206,—
3 800	324,40	284,—	260,—	237,—	210,50
4 000	370,40	324,—	298,—	272,—	246,—

In den unteren Einkommensgruppen muß der Lohnsteuerpflichtige weit mehr direkte Steuern bezahlen als der Veranlagte. Das wiegt umso schwerer, als der Lohnsteuerpflichtige infolge der Erfassung an der Quelle sein ganzes Einkommen versteuern muß, während die Veranlagten mit ihrer Selbsteinschätzung weitgehende Ausweichungsmöglichkeiten haben. Erst in den mittleren Gruppen gleichen sich die Belastungen in etwa aus.

Auch diese Zahlenreihen bestätigen die Behauptung, daß das deutsche Steuersystem grundlegend vom sozialen Kurse abgewichen ist. Noch deutlicher würde das in die Erscheinung treten, wenn man die Auswirkungen der Mehrbelastungen seit 1930 in den oberen Einkommensgruppen berücksichtigen würde. Denn alle Steuern, welche seit 1930 geschaffen sind, nehmen, wenn auch in verschiedenen Stappen, prozentual mit steigendem Einkommen ab;

## Trotz Krise im Sturm voran!

Die Werbearbeit im Monat November hat gute Früchte gezeitigt.

Es erzielten an Neuaufnahmen und Wiedererwonnenen:

Bezirk I (Duisburg)	512
Bezirk II (Köln)	301
Ortsverwaltung Reheim	46
Ortsverwaltung Singen	14
Ortsverwaltung St. Ingbert	12
Ortsverwaltung Kaiserslautern	11
Ortsverwaltung Schramberg	10
Ortsverwaltung Friedrichshafen	10

Geist und Wille sind es, die lebendig machen.

bei den Großverdienern stellt sich die Mehrbelastung nur auf einen geringen Prozentsatz der Einkommensteuerlasten. Für die Erträge der Gesellschaften sind darüber hinaus nicht unwesentliche Steuererleichterungen geschaffen. Auch der Einkommensteuerzuschlag für Einkommen über 8000 RM bringt keinen entsprechenden Ausgleich. Das Schwergewicht der deutschen Einkommensbesteuerung ist durch die Bürger- und Krisensteuer nach unten hin verlagert. Man hat den größten Teil der Mehrlasten den Einkommensbezieher zugeshoben, welche das geringste Einkommen und zugleich die größte Familie zu ernähren haben.

Klarer als alle Erörterungen zeigen obige Berechnungen, wohin der finanzpolitische Kurs steuert. Zugegeben, daß der Wirtschaftsrückgang einen Teil Schuld an der Abänderung der Lastenverteilung trägt, so muß dann die Gewähr gegeben sein, daß das Steuersystem mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch wieder abgeändert wird. Daran ist aber nicht zu denken. Mit der geplanten Finanzreform beabsichtigt die Reichsregierung, das bisher Erreichte geradlinig fortzusetzen und damit die Verschiebung des Steuerdruckes im deutschen Steuersystem fest zu verankern.

Stürwold.

# Verbandsgebiet

## Rechtsschutz - Saarbrücken

In drei Fällen allein 64 000 Fr. erkämpft.

1. Ein Arbeiter arbeitet in seiner Werkstatt, und nach einiger Zeit wird er an der Bohrbank liegend, tot aufgefunden. Der Arzt stellt Herzschlag fest. Die Betriebskraft soll ausgeschaltet werden, und der es tut, bekommt Strom. Ein anderer versucht es und auch dieser bekommt Strom. Ein Dritter geht in die Wohnung und dreht die Sicherung heraus, und nur so konnte das Laufwerk zum Stehen gebracht werden. Ein Betriebsbeamter der RWE wird geholt, um die Leitung nachzusehen. Derselbe stellt eine schlechte Leitung fest, sagt aber in seinem Gutachten, daß der Strom zu schwach gewesen sei, einen Menschen zu töten.

Die Berufsgenossenschaft lehnt die Hinterbliebenenrente ab. Was soll nun geschehen?

Der Christliche Metallarbeiterverband nimmt sich der Sache an. Kollege Steinacker führt den Prozeß. Es liegen Gutachten für und gegen Stromtod vor. Der Herr Gewerberat Jakobi nimmt mit Sicherheit Stromtod an. Es liegt aber nur ein einziger positiver Beweis vor, und dieser besteht darin: Die Bohrbank läuft, der Bohrer hat aber noch nicht gearbeitet; er läuft leer. Also in dem Augenblick der Stromauschaltung ist der Tod eingetreten. Erfolg: Frau und Kinder bekommen Rente, 50 000 Fr. sind gerettet. Frage: Was wäre aus dem Fall ohne Gewerkschaft geworden?

2. Ein Kollege kommt mit dem Kopf zwischen eine Maschine. Der Kopf ist arg mitgenommen. Die Berufsgenossenschaft setzt die Rente auf 20% fest. Alle Ärzte sind für 20%. Unser Christlicher Metallarbeiterverband kämpfte für das Recht des Kollegen, und nach zwei Jahren kommt er nach Bonn zur Untersuchung. Dort wird eine Erwerbseinkünfte von 50% festgestellt. Der Kläger ist zufrieden und bekommt 10 000 Fr. nachbezahlt.

3. Eine Firma läßt arbeiten, zahlt aber keinen Lohn aus. Zwanzig Arbeiter mit Lehrlingen haben schon seit Oktober keinen Lohn mehr er-

halten. Der Verband wird befragt, was geschehen soll. Es ergeht Klage ans Gewerbegericht. Der Termin wird verlegt, weil die Höhe der Abzüge geklärt werden muß. Im zweiten Termin erreicht unser Verband ein Anerkennungsurteil über 4071,70 Fr. für 7 Verbandsmitglieder. — Da gibt es aber immer noch welche, die sagen: Der Verband hat keinen Zweck.

## Prüfingenau vorwärts!

Alljährlich im November wird als dem eigentlichen Gründungsmonat unserer Ortsverwaltung die Generalversammlung abgehalten. Der Vorsitzende Kollege Jaekel leitete dieselbe und gab als 1. Punkt die Aufnahme zweier neuer Mitglieder bekannt. Zur Freude aller Kollegen ist es gelungen, den Bann der Schlassheit zu brechen. Es geht wieder vorwärts. Nach Verlesung der Niederschriften erstattete Kollege Jaekel den Jahresbericht. Im Laufe des Jahres ist es dem gesamten Vorstande gelungen, den Verwaltungsapparat neu aufzubauen. Jedes Vorstandsmitglied hat seinen Wirkungskreis, kein Nebeneinander, sondern gemeinsame Arbeit, jeder an seinem Platz. Wenn in einem Jahr allein 286 Schriftsätze gewechselt wurden, dann ist zu ersehen, daß unser Verband leben ein sehr reges war. Leider war der Versammlungsbefuch im Jahre im Durchschnitt nur 30%, aber auch hier wird noch Wandel geschaffen werden.

Erstmalig wurde eine Aufstellung über Rechtsschutz geführt. In 4 Fällen ist es uns gelungen, 141,80 RM für unsere Mitglieder zu retten, während zwei Fälle noch nicht entschieden sind. Also ist auch hier der Anfang gemacht. Nun weiter vorwärts! Lohnpolitisch haben wir verschiedene Abstriche an unserem ohnehin nicht großen Verdienst hinnehmen müssen. Eins steht fest: wird von Reichs wegen nicht unserer Eisenhüttenindustrie geholfen (Abbau der wahnstinnigen Frachtenbassis und dergleichen mehr), dann wird unsere einst blühende Industrie ein Trümmerfeld. Vier Fünftel der Betriebe sind schon stillgelegt. Die noch arbeitenden sind am Erliegen. Seierschichten, Abbau der Belegschaften von 50 bis 70%, das sind Mahnzeichen, daß hier ein Grenzgebiet am Ende ist. Auch steht

## Pestalozzi Wilhelm Schäfer

I.

### Der Vater stirbt

Als die Menschenseele in Heinrich Pestalozzi erwacht, liegt sie in einer Stube am Hirschengraben, wo sich jenseits der alten Stadtmauer bis zu den neuen Bastionen am Zürichberg hinauf die Landhäuser der Reichen sonnen. Sie selber spürt nicht viel von dieser Sonne. Sie haust mit Kleinbürgerleuten im Gedränge hoher Steingebäude, die nur finstere Gäßchen



Das Geburtshaus Pestalozzis in Zürich.

zwischen sich lassen und mit dunklen Treppen in beengte Wohnungen führen. Außer der Mutter und einer Magd, die Babel gerufen wird, sind noch drei Geschwister in der Stube, ein Knabe Johann Baptista und zwei Mädchen, von denen das kleinste in der Wiege liegt. Das wird eines Tages von schwarzen Männern fortgetragen, über die dunkle Treppe hinunter in die Stadt, die draußen mit beschneiten Dächern wartet. Im Sommer aber ist es wieder da, so scheint es ihm, schläft in der Wiege und heißt Bärbel, wie es vorher auch geheissen hat. Doch weint die Mutter immer noch, und der Vater, der sonst mit großen Schritten durch die Stube gegangen ist, liegt in der Kammer nebenan, nicht anders als das Bärbel in der Wiege, seine haarigen Hände ruhen auf dem Leintuch, und die Augen forschen an der Zimmerdecke.

Eines Tages muß das Babel hinein zu ihm allein und lange, während die Dachtraufe vor dem Fenster einen langen Strahl zerstäuben läßt; als es wieder herauskommt, fällt es der Mutter um den Hals und weint. Die hat, das Bärbel säugend, auf der Ofenbank gesessen; nun tut sie das Kind schnell von der Brust und läuft in die Kammer. Nachher muß Heinrich Pestalozzi mit den Geschwistern auch hinein; der Vater bemerkt sie schon nicht mehr, seine Augen aber forschen noch immer an der Zimmerdecke, nur die eine Hand ist von der Bettdecke abgerutscht, und die Mutter hängt daran, als ob sie ihn festhalten wolle.

Am andern Tag ist er in einen Sarg getan, die Hände sind auf der Brust gefaltet, und die Lider haben wie zwei Deckel aus Wachs die forschenden Augen zugemacht. Heinrich Pestalozzi und sein Bruder bekommen die Sonntagskleider an und müssen — als fremde Männer in schwarzen Röcken und Hüten kommen, den Vater zu holen — mit hinunter über die dunkle Treppe und hinter ihnen her durch die Gassen nach dem Grossmünster gehen, wo gesungen und gebetet wird, bevor sie den Sarg auf den Kirchhof bringen und bei Wind und Regen in ein frisch gegrabenes Loch versenken. Seitdem Heinrich Pestalozzi die hohen Münsterhallen mit dem Donnerhall der Orgel gesehen hat, weiß er, wo die Schwester Bärbel so lange gewesen ist; der Vater aber kommt nicht wieder, bis er ihn fast vergißt und nur noch manchmal gleich ihm mit langen Schritten die Stube messen will.

stehen wir wieder vor schweren Entscheidungen. Dank der Laubheit oder besser gesagt der Angst des sozialistischen Metallarbeiterverbandes stehen wir wieder vor einem Lohnabbau. — Der Kassenbericht wurde debattelos erledigt und dem gesamten Vorstand Entlastung erteilt. Auf Vorschlag aus der Versammlung wurde darauf der gesamte Vorstand wieder gewählt. Dann wurden zahlreiche Anfragen erledigt. Als Ausklang der Versammlung wurde allseitig der Schlußsatz des Vorsitzenden begrüßt und der Wille zur Durchführung kundgetan: Wir wollen getreu dem Vorbild unserer Väter, insbesondere unseres Führers, kämpfen und werben für Besserstellung des Arbeiters durch unseren Christlichen Metallarbeiterverband. Nun vorwärts, laßt die Tat folgen! R. Jaekel.

### Dessau: Unser freiwilliger Arbeitsdienst

Die am 19. November stattgefundene Monatsversammlung erhielt eine besondere Note durch die Anwesenheit der Mitglieder, die dem freiwilligen Arbeitsdienst angehören. Sie traten am 15. November zum ersten Male zum Dienst an. Das Bewußtsein, endlich einmal wieder eine geregelte Beschäftigung zu haben, hat die jungen Kollegen mit neuem Hohen und mit neuem Lebensmut erfüllt. Von der Abteilung (30 Mann) des freiwilligen Arbeitsdienstes gehören 27 Mann unserem Verbands an.

Der Kollege Schaaß hielt einen Vortrag über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften und wies weiter auf die Wichtigkeit der Gewerkschaften in der heutigen Zeit hin. Da die Gegner der Gewerkschaften heute glauben, einen entscheidenden Schlag gegen die Rechte der Arbeiterschaft führen zu können, gilt es heute mehr als je, dem Verbands auch unter Opfern die Treue zu halten.

Der Vorsitzende wies auf die Erweckung und Pflege des Standesstolzes hin, denn nur eine Arbeiterschaft, die Standesstolz besitzt und von dem Wert ihres Standes überzeugt ist, kann den Kampf um die Gleichberechtigung zu einem siegreichen Ende führen.

Die Aussprache war eine rege. Die Mitglieder gingen mit dem Vorschlag auseinander, auch in der Zukunft an der Verbreitung des Verbandes noch stärker mitzuarbeiten. J. Eikel.

### Zahltag auf den Saargruben

Wie in den Vorjahren so sind auch für das kommende Jahr die Zahltag im voraus festgelegt worden.

Löhne des Monats	2. Abschlag	3. Abschlag	Haupt- und 1. Abschlag für d. nächst. Monat
Dezember 1932	30. Dezember	10. Januar	20. Januar
Januar 1933	28. Januar	10. Februar	18. Februar
Februar 1933	28. Februar	10. März	18. März
März 1933	29. März	8. April	19. April
April 1933	29. April	10. Mai	20. Mai
Mai 1933	30. Mai	10. Juni	20. Juni
Juni 1933	30. Juni	8. Juli	19. Juli
Juli 1933	29. Juli	9. August	19. August
August 1933	30. August	9. September	20. September
September 1933	29. September	10. Oktober	20. Oktober
Oktober 1933	28. Oktober	10. November	18. November
November 1933	29. November	9. Dezember	20. Dezember

# Umschau



### Achtung! Zeitschriften-Versicherungsverträge

Das Amtsgericht Leipzig hat durch Schiedsurtell — 8 Og 1266/32 vom 10. Oktober 1932 — einem Leipziger Verlag, der sich mit dem Vertrieb von Wochenheften mit Alerversicherung befaßt, beschelntigt, daß die mit seinen Abonnenten geschlossenen Verträge nichtig sind, weil sie 1. gegen ein gesetzliches Verbot zustandekamen und 2. sittenwidrig seien.

Der Verlag hatte, wie übrigens fast alle derartigen Geschäfte, die mit einem Zeitschriften-Abonnement Personenversicherung verquiden, seine Abonnenten durch Agenten „im Umherziehen“ gewonnen. Das aber ist gemäß § 56, Absatz 2, Ziffer 12, der Gewerbeordnung verboten, und Verträge, die gegen ein gesetzliches Verbot zustandekommen, sind nach § 134 Bürgerliches Gesetzbuch nichtig. Solche Verträge bestehen also überhaupt nicht, und jeder, der einen solchen Vertrag abgeschlossen hat, braucht ihn nicht zu erfüllen.

Das Verbot, Abonnenten für eine Zeitschrift mit Versicherungs- oder Prämienversprechen „im Umherziehen“ zu werben, ist nicht nur eine reine gewerbepolizeiliche Maßnahme, sondern soll vor allem den Versicherten vor arglistigen Täuschungen bei der Werbung, vor verlausulierten, kniffligen Bestimmungen, die bei der Methode der Werber nicht

genügend beachtet werden können, schützen. Insbesondere sind die Kündigungsbestimmungen und die Leistungsversprechungen der Gesellschaften wahre Fallgruben für die Versicherten.

So hat das angezogene Urteil ausdrücklich den § 19 der in Frage kommenden „Versicherungsbedingungen“ als sittenwidrig bezeichnet, weil er die einseitige Aufhebungsmöglichkeit der Verpflichtungen des Verlags gegenüber dem Versicherten enthält.

Dieses für den Verlag vernichtende Urteil wurde durch die Rechtsauskunftsstelle der christlichen Gewerkschaften in Worms, Reusch 11, erstritten. Der Versicherte ist hierdurch vor bedeutendem Schaden bewahrt geblieben.

Da auch die Zeitschriftenversicherungen für Personen bei Abschluß ihrer Verträge in den weitaus meisten Fällen gegen das gesetzliche Verbot (§ 56 Gewerbeordnung und 134 Bürgerliches Gesetzbuch) verstoßen und außerdem fast durchweg ebenfalls die sittenwidrige, einseitige Aufhebungsmöglichkeit der Verpflichtungen dem Versicherten gegenüber in ihren Verträgen stehen haben, wird es Sache aller gewissenhaften Familien sein, ihre eventuellen Gelddausgaben für solche Zeitschriften-Abonnements ernsthaft nachzuprüfen, bevor sie durch Schaden flug werden. art.

### Der Onkel Johannes

Einmal macht Heinrich Pestalozzi eine Reise an den See mit seiner Mutter; mittags nach dem Markt fahren sie hinaus, unaufhörlich am Seeufer hin durch Dörfer mit weißen Kirchen, durch Weinberge und Matten, wo die Bauern lustige Haufen Heu zusammenbringen, bis nach Richterswil, wo der Onkel Johannes wohnt. Es ist dort ein großes Haus mit einem prächtigen Garten und vielen fremden Menschen, die seiner schwarzen Mutter um den Hals fallen und denen er die Hand geben muß. Auch einen Knaben gibt es, älter als er und wie ein Soldat mit einem stolzen Federbusch gekleidet; der führt ihn auf den großen Speicher, wo Korn in Haufen liegt, durch die Ställe mit unheimlich behörnten Kühen und stampfenden Pferden, in die Weinberge hinauf zu einer Bank, die unter einer Linde einen Ausblick auf den See gibt bis tief in die blauen Bergschluchten hinein, und danach an das weiche Ufer hinunter, wo das Ried mit hohen Salmen aus dem Wasser wächst und seine Büschel im Wind verneigt. Da haben Jünglinge gerade ein Schiff losgemacht, und weil der eine ein Bruder des Knaben mit dem Federhut ist, sollen sie mit einsteigen. Die Mutter aber kommt gelaufen, todblaß, und trägt ihn auf den Armen zurück.

### Der Großvater

Lieber hat Heinrich Pestalozzi die Ausflüge nach Höngg, wo der Großvater als Pfarrer amtiert. Sie brauchen keinen Bauernwagen dahinaus, sie gehen durch die Niederdorfspore auf die Schaffhauser Straße und dann am Käferberg Jacht hinaus durch Weinberge bis an den Hügelrand, wo nach einer Stunde das Dörfchen mit der sauberen Kirche und dem Pfarrhaus erscheint.

Jedesmal, wenn er mit seinem Bruder Johann Baptista angekommen ist und sie sich in dem unteren, mit späten Feldsteinen gepflasterten Gtur von dem Staub des Marsches gereinigt haben, dürfen sie zu dem alten Herrn in die Studierstube hinauf. Sie liegt ganz oben und ist in der Ecke des Pfarrhauses so eingebaut, daß durch die breiten Fenster von Süden und Osten die Selligkeit der weiten Landschaft hineinblickt

und den würdigen Preis mit Feiterkeit umspielt. Er steht nicht auf, wenn die Buben zu ihm hereinkommen, auch dürfen sie nicht anders als einzeln gerufen zu ihm an den Tisch treten. Jedes muß sein Sprüchlein sagen, wie sie die Mutter verlassen haben und wie lange sie unterwegs gewesen sind, und niemals fällt es ihnen bei, hier oben die Ehrwürdigkeit durch eine Järtlichkeit zu verlegen. Erst unten, wenn er mit am Tisch sitzt, wo die Großmutter mit den gütigen Zwickelfalten ihres alten Gesichts das Gespräch führt, wird er der Großvater.

### Stadt und Dorf

Einmal ist Heinrich Pestalozzi eine ganze Woche lang in Höngg geblieben und kommt sich selber schon wie ein Landkind vor, als ihn die Mutter wieder holt. Auch diesmal geht der Großvater mit, aber nur bis Wipkingen, von wo er sich geärgert gegen den Berg zurückwendet. Er ist böse auf das gepuderte Stadtvolk in den Schiffen, das sich am Sonntag von den Dorfseuten heimziehen läßt, ihre schwere Arbeit mit übermäßigem Geschrei begleitend, und Heinrich Pestalozzi hört, wie er von dem städtischen Unglück zu der Mutter spricht. Es geht schon gegen die Dämmerung, und so wendet sich der alte Mann von ihnen fort in einen dunkelroten Abendhimmel hinein, der den Häusern glühende Augen macht. Heinrich Pestalozzi weiß nicht warum, aber die Traurigkeit überkommt ihn so, daß er herzbrechend hinter dem Großvater her weint; es dauert lange, bis die erschrockene Mutter herausbekommt, daß es die dunkle Stadt ist, vor der er sich fürchtet, und daß er alle Tage mit ihr und den Geschwistern und dem Babel auf dem Land wohnen möchte. Da gesteht sie ihm, daß die Verwandten in Richterswil ihr das schon damals bei dem Besuch vorgeschlagen hätten, daß sie es aber nicht möchte der Stadtschulen wegen. In Richterswil möchte ich auch nicht, sagt er fast trohig, lieber in Höngg und weiß nicht, warum nun seine Mutter herzbrechender weint als er vorher, so daß sie beide mit einer verlorenen Traurigkeit durch die Niederdorfspore in Zürich eingehen.

Nach diesem Abend verlangt Heinrich Pestalozzi sehnsüchtig in die Schule. (Fortsetzung folgt.)

# Der Hammer

Jugendzeitung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 12

Duisburg, den 17. Dezember 1932

13. Jahrgang

## Friede auf Erden



„Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, so kündeten Engel die Geburt des Erlösers. Was vor mehr denn 1900 Jahren freudvolle Verkündigung war, das ist heute sehnsüchtiger Wunsch von Millionen leidzerquälter Menschen. Seit dem Kriege ist eigentlich die Not, die Sorge nicht von uns gewichen. Und heute sehen wir erneut vor einem unsagbar schweren Winter. Millionen sind in bitterster Notlage, kämpfen geradezu mit dem Hunger. Was die Lage aber besonders schwer macht, das ist die offenkundige Ungerechtigkeit, die heute triumphiert. Den Ärmsten von dem viel zu Wenigen noch zu nehmen und es mit vollen Händen in andere Kanäle hineinzuleiten, das ist eine Handlungsweise, welche man auch mit den schönsten Worten den leidtragenden Opfern der letzten Regierungspolitik nicht plausibel zu machen in der Lage ist. Nie zuvor ist das Vertrauen breiter, und man kann sagen, der wertvollsten Volksschichten in Recht und Gerechtigkeit so erschüttert worden, wie durch die ungerechte Regierungspolitik der letzten Monate.

Die Arbeiterschaft ist gewiß für den Frieden. Ihrer ganzen Einstellung liegt nicht der Kriegszustand im eigenen Volke. Daran ändert auch nichts das rabulistische Auftreten und Reden parteipolitisch, extremer fanatischer Gruppen. Was sie aber will und erkämpft, das ist ein ehrlicher Frieden. Das heißt, den Lebensraum, das Recht, die Freiheit, welche andere Stände für sich als selbstverständlich betrachten und verlangen, fordert sie auch für sich selbst. Kein ehrlicher Mensch wird sagen können, daß dieser Zustand auch nur annähernd besteht. Nein, es ist heute leider so in Deutschland, daß jeder Stand nur seine Eigeninteressen im Auge hat und deren Erfüllung fordert. Ob darüber andere Schichten im Elend versinken, ob weiteste Kreise der Arbeiterschaft dem Hunger preisgegeben sind und die Not den Keim der Krankheit und des Zerfalls in Hunderttausende unterernährter Arbeiterkinder hineinträgt, das läßt viele „brave, fatte“ Zeitgenossen erschrecklich kalt. Man geht an all dem Elend vorüber, weil man's nicht sehen will. Und wo sich ein Ausbegehren dieser notleidenden Schichten zeigt, da tut man es ab mit dem verlogenen Schlagwort vom Materialismus. In der Tat: materialistischer Geist hat besonders in den letzten Monaten Triumphe gefeiert, aber nicht in den Reihen der Arbeiterschaft. Wir wollen den Frieden, aber nicht einen solchen, der unsern Stand zum Päckchen für alle anderen Schichten degradiert.

Eines hat uns die heutige Zeit aber nochmals mit aller Deutlichkeit vor die Seele gestellt. Die Arbeiterschaft darf nicht vertrauensselig die Entwicklung ihrer Belange sich selbst überlassen. Wir gelten als Stand erst dann etwas, wenn wir für den Frieden gerüstet sind. Das haben viele Arbeiter besonders in dieser Notzeit vergessen. Sie haben in ihrem Glauben und Vertrauen zu sich, ihrer eigenen Kraft und Sache, gelitten. Viele andere gehen in Egoismus ihren noch gesicherten oder auch nur halbwegs gesicherten Weg, ohne sich um ihre Standesbewegung zu kümmern. Diese Toren. Der Arbeiterstand kann nur als Ganzes steigen oder fallen. Und mit seinem Fall werden auch diese Egoisten mit in die Tiefe geriffen.

In dieser ersten Stunde, wo wir um den Frieden der Arbeiterschaft zingen müssen, wenden wir uns besonders an die Metallarbeiterjugend. Sie ist von der Not und Ungerechtigkeit der heutigen Zeit besonders hart gepackt. Das aber glauben und hoffen wir trotz allem, daß in ihr noch echte jugendhafte Unbekümmertheit lebt, jener frische Geist, der trotz allem — nein — erst gerade jetzt nicht — den Mut sinken läßt. Von diesem Geist müssen wir heute der ganzen Bewegung mitgeben. Und wir wären keine echten Kerle, wenn wir's nicht wollten.

Unsere Vorväter haben das Verhängnis ihrer Ohnmacht am eigenen Leibe auskosten müssen. Die vororganisierte Zeit war nicht nur Periode bitterster materieller Not, sondern auch eine Zeit tiefster Entwürdigung. Durch unsere gewerkschaftliche Arbeit haben wir uns hochgebracht gegen eine Welt voller Gegner, gegen stärkste unsoziale Mächte. Diese glauben, heute sei ihre Stunde aufs neue gekommen. Das trübe besonders die Jugend, die noch ihr volles Leben vor sich hat. Kann das eine freie, aufrechte Arbeiterjugend wollen? Nein und tausendmal nein. Mit all der

frischen Unbekümmertheit, die in uns lebt, mit all unserem jugendhaften Trost, der uns befeelt, wollen wir zeigen und beweisen, daß uns das Schicksal unseres Standes nicht gleichgültig ist. Jetzt gerade erst recht, wo eine kleine volksfremde Kaste sich mit allen unsozialen Kräften gegen uns, unser Recht, unsere Würde und unsere Freiheit zusammensetzt, wollen wir unsere Pflicht tun und für unsere Sache werben, damit aus der Not der Zeit erwachse ein starker Christlicher Metallarbeiterverband.

Jetzt klingen wieder die Weihnachtsglocken. In ein Meer von Not und Elend und Ungerechtigkeit. Ungeheuer viele von all den Bitternissen der heutigen Zeit ist in der Abkehr der Menschen von den Grundsätzen des Christentums begründet. Den Geist der Liebe und des Friedens, der so hell und freundlich von Bethlehem ausstrahlte, hat die heutige Menschheit beiseite geschoben. Und den Geist des Hasses und des Haders dafür geerbt. Wir wollen wieder eine andere Ordnung der Dinge. Christus wieder hineintragen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch das ist nicht nur Sinn, sondern auch praktisches Ergebnis unserer Werbearbeit. Jedes Mitglied, das wir neu gewinnen, bedeutet mehr in dieser Hinsicht als tausend schöne Worte, hinter denen keine Tat steht. Das laßt uns eingedenk sein und unsere Werbpflicht tun. Jetzt erst recht.  
M. F.



ES IST EIN ROS ENSPRUNCEN

# Arbeitslose Lehrlinge in Metallgewerbe und -industrie



Das Ausmaß und die lange Dauer der Wirtschaftskrise zeitigt verhängnisvolle Folgen hinsichtlich der Sachausbildung des Nachwuchses. Die umfangreichen Entlassungen von Sacharbeitern in den Betrieben führten vielfach zu einem Mißverhältnis zwischen der Zahl der noch verbliebenen Sacharbeiter und der Zahl der im Betrieb vorhandenen Lehrlinge. Da — abgesehen von den Lehrwerkstätten der großen Firmen — die Sachausbildung der Lehrlinge nicht nur das Werk der Vorgesetzten ist, sondern zum erheblichen Teile auch der Sacharbeiter, denen die Lehrlinge beigegeben werden, muß dieses zahlenmäßige Mißverhältnis sich auf die Ausbildung ungünstig auswirken. Auch das Aussehen der Lehrlinge infolge Auftragsmangels trägt sicher nicht zur Erleichterung bei. Noch verhängnisvoller aber wirkt sich der Umstand aus, daß mangels geeigneter Aufträge die Lehrlinge gar nicht mehr die Gelegenheit haben, zu den für ihre Ausbildung notwendigen Arbeiten herangezogen zu werden. Die Ausbildung ist deshalb zur Zeit nicht selten recht mangelhaft und lückenhaft. Gelegentlich, der seit längerem üblichen Kurse für jugendliche Arbeitslose waren in dieser Hinsicht recht ungünstige Ergebnisse festzustellen. Der Bericht des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an den Reichsarbeitsminister vom Juni dieses Jahres über die beruflichen Bildungsmaßnahmen der Arbeitsämter für arbeitslose Jugendliche weist z. B. folgende Bemerkung aus:

„Von besonderer Bedeutung für diezielsetzung der Maßnahmen in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht war der Umstand, daß die Berufsausbildung der jugendlichen Arbeitslosen nach den Wahrnehmungen der Lehrkräfte im allgemeinen sehr große Lücken aufweist; die Lehrpläne wurden zum Teil umgestellt, weil die Kenntnisse nicht im entferntesten den Voraussetzungen entsprachen. Vereinzelt kamen Jugendliche in die Kurse, die trotz vollendeter Lehrzeit nicht imstande waren, ein Werkstück im Schraubstock richtig einzuspannen und eine Felle zu handhaben. Wenn in den Lehrgängen die größten Mängel ausgeglichen, insbesondere die richtige Handhabung der gebräuchlichsten Werkzeuge und der Sinn für eine saubere Arbeitsweise vermittelt, vorhandene Kenntnisse gefestigt und vertieft wurden, so ist ihre Bedeutung für die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter offenkundig.“

Die von den Gewerkschaften gemachten eigenen Beobachtungen werden hierdurch bestätigt. Die beruflichen Bildungsmaßnahmen der Arbeitsämter und der Gewerkschaften bedürfen demnach besonderer Beachtung.

Immerhin handelt es sich bei den oben behandelten Fällen um Jugendliche, die — wenn auch unbefriedigend — bis zur Beendigung der Lehrzeit durchgehalten wurden. Viel tragischer ist das Los derjenigen Jugendlichen, die infolge Betriebsstillegung ihre Lehrstelle verloren, ohne daß ihnen eine neue zugeteilt werden konnte. Leider existiert bisher keine amtliche Statistik über die arbeitslosen Lehrlinge. Aus diesem Grunde dürfte die Zahl vielfach überschätzt werden. Es muß anerkannt werden, daß von den verschiedensten Stellen große Anstrengungen gemacht wurden, diese Lehrlinge anderweitig in gleichartigen Betrieben unterzubringen und daß dies dank dem Entgegenkommen vieler Firmen auch möglich war. Immerhin ist aber festzustellen, daß dies nicht restlos gelungen ist.

Die Metallarbeiterorganisationen haben nunmehr gemeinsam den Versuch unternommen, ihrerseits Erhebungen über die arbeitslosen Lehrlinge im Metallhandwerk und der Metallindustrie zu treffen. Es handelt sich also um diejenigen Lehrlinge, die infolge Betriebsstillegung ihren Lehrplatz verloren, ohne daß ihnen eine neue Lehrstelle zur Fortsetzung oder Beendigung ihrer Lehre geboten werden konnte. Die Erhebungen wurden im Monat Juni mit Hilfe von Arbeitsämtern, insbesondere aber mit bereitwilligster Unterstützung der Berufsschulen vorgenommen. Trotzdem bleibt die Statistik unvollständig, da die Schwierigkeiten der Feststellungen teilweise unüberbrückbar waren und nicht alle bedeutenden Orte erfasst wurden. Auch in Groß-Berlin war die Erhebung nicht durchführbar. Die Erhebungen zeigen folgendes Ergebnis:

An arbeitslosen Lehrlingen wurden festgestellt

- a) aus dem Metallhandwerk . . . . . 1128
- b) aus der Metallindustrie . . . . . 2609

Insgesamt 3737.

Die arbeitslosen Lehrlinge verteilen sich auf die nachstehenden Berufe wie folgt:

Metallhandwerk	1.	2.	3.	4.	zusammen
	Lehrjahr	Lehrjahr	Lehrjahr	Lehrjahr	
Elektroinstallateure . . . . .	88	68	89	37	282
Goldschmiede . . . . .	2	1	2	7	12
Klempner (Glasmaler, Spengler) . . . . .	36	43	76	49	204
Kunst- und Bauschlosser . . . . .	59	63	107	61	290
Mechaniker . . . . .	48	28	29	8	113
Schmiede . . . . .	9	20	22	6	57
Uhrmacher . . . . .	1	9	2	—	12
Sonstige Berufsgruppen . . . . .	42	26	41	49	158
	285	258	368	217	1128

Metallindustrie	1.	2.	3.	4.	zusammen
	Lehrjahr	Lehrjahr	Lehrjahr	Lehrjahr	
Dreher . . . . .	67	110	125	68	370
Elektromaschinenbauer und Elektroinstallateure . . . . .	27	27	29	11	94
Formen . . . . .	43	66	126	49	284
Klempner (Glasmaler, Spengler, Rohrleger) . . . . .	6	20	18	5	49
Maschinenbauer . . . . .	80	132	155	124	491
Mechaniker . . . . .	20	32	48	11	111
Schleifer . . . . .	158	231	279	148	816
Schmiede . . . . .	4	17	33	3	57
Werkzeugmacher . . . . .	8	34	55	12	109
Sonstige Berufsgruppen . . . . .	43	68	91	26	228
	456	737	959	457	2609

Zusammen: 741 995 1327 674 3737

Auf die Bezirke verteilt (es wurden hier die gewerkschaftlichen Organisationsbezirke zugrunde gelegt), ergibt sich folgendes Bild:

Bezirke	Arbeitslose Lehrlinge insgesamt	Davon	
		im Handwerk	in der Industrie
Bielefeld . . . . .	50	15	35
Brandenburg . . . . .	46	21	25
Breslau . . . . .	125	48	77
Dresden . . . . .	367	99	268
Erfurt . . . . .	130	31	99
Essen . . . . .	780	241	539
Frankfurt a. M. . . . .	495	249	246
Hagen i. W. . . . .	382	56	326
Halle a. d. S. . . . .	196	46	150
Hamburg . . . . .	203	64	139
Hannover . . . . .	58	16	42
Köln a. Rh. . . . .	188	76	112
Königsberg . . . . .	12	8	4
Nürnberg . . . . .	187	49	138
Stettin . . . . .	21	2	19
Stuttgart . . . . .	497	108	389
In 16 Bezirken . . . . .	3737	1129	2608

Die Zahl der hier festgestellten arbeitslosen Lehrlinge liegt unter der bisher üblichen Schätzung. Sie ist aber immerhin so beträchtlich — besonders im Hinblick auf die Unvollständigkeit der Statistik —, daß sie äußerste Beachtung verdient. Es handelt sich hier um junge Menschen, deren Zukunft gefährdet ist, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, ihre Lehrzeit zum Abschluß zu bringen. Dringend ist die Frage insbesondere bei denjenigen, die bereits ihre zwei- oder dreijährige Lehrzeit hinter sich haben. Da die Gesamtzahl 16 Spezialberufe umfaßt, und sich zudem die Statistik auf 150 Orte verteilt, ist das Problem nicht leicht zu lösen. Die Metallarbeiterorganisationen haben das Material der Reichsanstalt übermittelt. Es sollten gemeinsame Anstrengungen seitens der Behörden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht werden, um hier zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen. H. Krell.

# Verwaltungsvereinfachung in Preußen und Berufsschule

Die 2. Preussische Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 überträgt von den Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministeriums für Handel und Gewerbe die An-  
gelegheiten

1. der Handelshochschulen,
2. der Gewerbe- und Haushaltungsschulen, der höheren Fachschulen für Frauenberufe, der Schulen für Haushaltungspflegerinnen, der anerkannten Schulen für Kinderpflege und Haushaltungshelferinnen,
3. der Haushaltungsschulen auf das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Die Berufs-, Fach- und höheren Fachschulen verbleiben bei dem Ministerium für Handel und Gewerbe, das die Bezeichnung „Ministerium für

Wirtschaft und Arbeit“ erhält, in dem sie von der Abteilung 4, der Sozial- und Gewerbeabteilung, betreut werden.

Die schlimmsten Befürchtungen der letzten Wochen sind durch diese Bestimmungen bei weitem übertriffen. Das bisher einheitlich ausgebaute, in einheitlichem Geiste geleitete berufliche Bildungswesen ist zerfallen. Die Handelshochschulen, die wichtigsten Stätten für die Ausbildung der Handels- und Gewerbelehrer, gehen trotz des Einspruchs der Wirtschaft und anderer interessierter Kreise an die Kultusverwaltung über. Das gesamte Fachschulwesen für die Ausbildung der weiblichen Jugend, das — in bewußtem Gegensatz zu den entsprechenden, wenig bedeutenden Anstalten der Unterrichtsverwaltung — auf beruflicher Basis entwickelt war, wird dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

angegliedert, seines eigentlichen Charakters entkleidet und dürfte dort sehr bald verkrümmern.

Die Beseitigung der selbständigen Abteilung für das berufliche Bildungswesen bedeutet eine Minderbewertung und Herabsetzung aller bisher getroffenen Einrichtungen und der bisher geleisteten Arbeit. Nicht vom Standpunkte einseitiger Standespolitik, sondern im Interesse der deutschen Wirtschaft und der werktätigen Jugend erheben wir schärfsten Einspruch gegen diese Regelung, bei der weder sachverständiger Rat noch sachliches Urteil mitgewirkt haben können." („Die Preussische Berufsschule" vom 6. November 1932, Nr. 41.)

Von allen interessierten Seiten hat man gegen diese „Reform" Stellung genommen, denn sie bedeutet nichts anderes, als daß man Schulen, die innerlich und äußerlich zusammengehören, auseinanderreißt, die Lehrenden bei der „Vereinfachung" zwei Ministerien unterstellt und damit die Arbeit erschwert, statt erleichtert. Fachschulen und Haushaltungsschulen für Mädchen sind organisch mit den Berufsschulen verbunden — die Entwicklung in den einzelnen Städten hat dies ungewollt mit sich gebracht — sie haben gemeinsame Schulräume, Lehrmittel usw. und einen einheitlichen Lehrkörper. Die Aufstellung der Stundenpläne erfolgte bisher unter möglichster Beachtung der besonderen Eignung der einzelnen Lehrkräfte, während sie künstlich durch die Etatzugehörigkeit bestimmt werden. Wie wird es bei diesen Schulen mit der gemeinsamen Verwaltung der Räume und Lehrmittel? Wer le einen Blick in diese Schulen getan hat, kann hier bestimmt weder Vereinfachung noch Verbilligung feststellen. Dem Kultusministerium wird von allen Kennern der Verhältnisse die Fähigkeit abgesprochen, dieses berufliche Schulwesen in seiner Eigenart zu verstehen und entsprechend zu behandeln und zu fördern. Die geschichtliche Entwicklung des Berufs- und Fachschulwesens in Preußen hat gezeigt, daß die Zeiten, in denen dieses Schulwesen in Preußen dem Kultusministerium unterstellt war, Zeiten des Stillstandes und des Rückganges waren, während seit der Unterstellung unter das Handelsministerium ein bemerkenswerter Aufstieg erfolgte. Im Handelsministerium hatte das gesamte berufliche Schulwesen die einheitliche und genügend wirtschaftlich orientierte Führung. Selbstbewußt wurde daran gearbeitet, die Idee der Berufserziehung zum Besten unserer praktisch befähigten und erwerbstätigen Jugend zum Durchbruch, zur bestmöglichen Verwirklichung zu bringen. Berufsschulen stehen in einer Front mit den gewerblichen und hauswirtschaftlichen Fachschulen in dem heißen Bemühen, unseren Nachwuchs zu den Qualitätsarbeitern zu erziehen, die wir heute mehr denn je benötigen und beim Wiederaufstieg noch mehr brauchen werden.

„Das war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich", diese wahre Sentenz Wilhelm Buschs scheint sich auch hier zu bewahrheiten. Die „Frankfurter Zeitung" brachte in ihrer Ausgabe vom 6. November 1932 einen alarmierenden Artikel über Beschlüsse der Finanzministerkonferenz. Forderungen, die alle bisher geäußerten Abbaumwünsche in den Schatten stellen, sollten von dieser Konferenz erhoben worden sein, u. a. „eine erhebliche Umänderung der im zweiten Teil der Reichsverfassung enthaltenen Bestimmungen über Bildung und Schule, weitestgehender Abbau der im Geiste einer fortschrittlichen Schulpolitik geschaffenen Einrichtungen, Wiedereinführung privater Vorschulen, Einschränkung der Lehrmittelfreiheit und der Freistellen, die Zurückführung des heutigen Berufsschulwesens auf das vorkriegszeitliche System der Sonntags- und Abendschulen und die Aufhebung des akademischen Ausbildungsganges der Lehrer." (Vom Verf. gesperrt.)

Diese unglaublichen Vorschläge sollen dem Ausschuss der Finanzministerkonferenz von einer „Sachverständigen-Kommission" gemacht worden sein. Wenn dann die von dem „Ausschuss der Finanzministerkonferenz" Ende Oktober den Länderregierungen vorgelegten Richtlinien nicht so

weit gehen, so genügen sie doch, daß sie, bei allen an der Bildung und Erziehung der werktätigen Jugend interessierten Kreisen den schärfsten Widerspruch hervorrufen müssen. Dort heißt es in dem Abschnitt, der sich mit den Ersparnissen im Berufsschulwesen beschäftigt: „Ohne die Wirksamkeit der Berufsschule für die Wirtschaft und die Erziehung der werktätigen Jugend zu gefährden, kann die Zahl der Wochenstunden auf 6-7 im Höchstmaß beschränkt werden. Unterricht in nicht unbedingt notwendigen Fächern (z. B. Turnen, Singen usw.) ist nicht in den Lehrplan aufzunehmen. Auch die Herausnahme von gewissen Berufsgruppen aus der Berufsschulpflicht kann in Betracht kommen. Planwirtschaftliche Maßnahmen (Verbandschulen, Verbindung von Berufs- und Fachschulen und dergleichen) sind zu fördern. Als Fachschulen sind auch leistungsfähige Privatschulen anzuerkennen."

Wenn man die „Wirksamkeit der Berufsschulen für die Wirtschaft und die Erziehung der werktätigen Jugend als notwendig anerkennt", so hat der Kenner der Verhältnisse kein Verständnis dafür, daß „die Herausnahme von gewissen Berufsgruppen aus der Berufsschulpflicht" diese Wirksamkeit etwa erhalten wird. Im Gegenteil, die Wirksamkeit der Berufsschule wird zum mindesten für die betroffenen Gruppen ernsthaft gefährdet, und es wäre höchste Zeit, die in Artikel 145 der Reichsverfassung geforderte allgemeine Berufsschulpflicht endlich einmal tatsächlich durchzuführen, denn wir sind trotz der vermeintlichen übermäßigen Förderung der Berufsschule in der Nachkriegszeit von diesem Ziele noch weit entfernt. Auf andere, nicht weniger gefährliche Punkte der vorgesehenen Sparmaßnahmen (weniger Wochenstunden für die Schüler, Erhöhung der Klassenbesetzungszahlen und der Pflichtstundenzahl der Lehrer usw.) können wir hier leider nicht eingehen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß auf der anderen Seite die Vorschläge für das allgemeine und höhere Schulwesen recht maßvoll sind und über das zur Zeit Bestehende kaum hinausgehen.

Man fragt sich: „Woher kommt dieser Kampf gegen Haupt und Glieder des Berufs- und Fachschulwesens?" Wer die Dinge mit klaren Blicken verfolgt hat, stellt folgendes fest: Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß unser berufliches Bildungswesen in der Nachkriegszeit besonders gefördert und anerkannt wurde, in besonderem Maße trifft dies auf das Mädchenberufsschulwesen im weitesten Sinne zu. Das Mittel- und Linksparteien, desgleichen die Gewerkschaften aller Richtungen, die Berufsschule aus verständlichen Gründen stark beachtet haben, steht ebenfalls fest. Aber auch in den Kreisen von Handwerk und Industrie hatte die Berufsschule immer mehr Boden gewonnen. Die politische Wendung in Preußen änderte die Gesamtlage völlig. Die Reichsregierung betonte ihre grundsätzlich andere Einstellung, die sie autoritär-konservativ nannte und an den vorkriegsverhältnissen ausrichtete. Es ist einleuchtend, daß eine solche konservative Regierung leicht zu einer Verherrlichung des Alten neigt und dabei zu leicht zu der in diesen Kreisen oft gehörten Theorie kommt, daß ein zu großes Bildungsniveau der werktätigen Massen nur verderblich sei. Es ist psychologisch verständlich, daß eine Regierung die Bildungseinrichtungen für den Nachwuchs der werktätigen Bevölkerung, die ihr politisch unverfrohen gegenüberstehen (ob sie nun links oder rechts organisiert sind), nicht gerade mit Begeisterung betrachtet. So hat man unter dem Deckmantel der Vereinfachung und Verbilligung die selbständige Schulabteilung für das Berufs- und Fachschulwesen aufgelöst und die Sachleute (sie sind ja Republikaner), die an ihrer Spitze standen, nach Hause geschickt, während die Juristen blieben. Man scheint hier wieder zu den „altbewährten Grundfächern" zurückzukehren, die die „Düssische Zeitung" im Hinblick auf die Veränderungen im Kultusministerium recht treffend dahin umriß, daß „die Juristen, die sich auf sämtlichen Gebieten nun einmal für die von Gott eingesetzten Verwaltungsmänner halten, allein und uneingeschränkt die Herren im Hause sein wollen". Bei der jetzigen Lösung besteht die Gefahr, daß der von

## Christklänge in zwei Welten

Weihnachtsflanze von Emil Rath.

Johnny Myer gähnte herzhaft und ließ den Deckel der mit Smaragden besetzten Platinnuhr springen. In einer halben Stunde erst kamen seine Bridgепartner. Er grübelte in sich hinein. Was so ein echter amerikanischer „businessman" ist, dem sind alle Feiertage ein Greuel, nun gar erst Weihnachten, wenn die Börse ihre Pforten noch länger geschlossen hält.

Eigentlich gehörte Johnny Myers gar nicht zu den echten Dankees; er hieß vielmehr Johann Meyer und war seinem Vater, dem Organisten am Bremer Dom, als Fünfzehnjähriger davongelaufen, weil die See mit ihren zauberischen Abenteuer lockte. Dem Zauber blieb allerdings verzeufelt wenig übrig. Als Gargon schlug sich Johann in einer französischen Kleinstadt durch, wanderte zu Fuß bis nach Konstantinopel. Er wurde dabei nicht reich, aber zäh, sprachgewandt, lernte nach Wirklichkeiten schätzen und rechnen. Ein englischer Frachtdampfer brauchte einen Trimmer — so kam der Junge nach Jamestown an der Küste Virginias. Grundstückspekulation war große Mode. Die Makler brauchten Angestellte.

Johann Meyer hieß plötzlich Johnny Myer, saß in einem großen Büro in Neuyork vor seiner Rechenmaschine, kleg bald in der Achtung des „boh" wie im Gehalt. Schließlich machte er sich selbständig. Philadelphia blühte auf, mit dieser unheimlich wachsenden Stadt stieg der Spekulationsgewinn der Grundstücksmakler. Myer war kein Hazardspieler, er hatte seine Witterung für das Auf und Ab des Grundstücksmarktes und zog sich zurück, ehe aufgeblasene Aktienkurse gleich Seifenblasen zerplähten.

An der Chesapeakebay in der Nähe seiner ersten Wirkungsstätte Jamestown hatte er sich ein geräumiges Landhaus errichten lassen; mit

fünfzig Jahren zu alt, um nur zu spielen, zu jung, um ohne Wunsch zu sein, umgab er sich mit aller Behaglichkeit, spielte allwöchentlich Bridge und kümmerte sich sonst um niemand.

Seinen Eltern hatte er nur einmal geschrieben, dann, als der Vater alle Brücken abbrach, nie wieder.

Myer hatte seinen Freunden eine „deutsche Weihnacht" versprochen. Wie er nun den Tannenbaum aus der tiefsten Ecke des Polsteressels heraus musterte, war ihm so merkwürdig ums Herz.

Ob „sie" drüben auch unter dem Lichterbaum saßen? Oder — sein Herz erschraf — längst unter kalter Erde schlummerten? Ihn fröstelte.

„Sello, Joe, zünd' die Lichter an!"

Der Diener ließ grinsend weiße Zähne blecken. Bald knisterten die Kerzen.

Noch zwanzig Minuten! Johnny gähnte. Drückte auf einen Knopf seines Rundfunkapparates. Schenectady sendet Tansmusik... Mißmutig drehte er den Kondensator weiter. Orgelmusik. Wie erlöst schwoll ihm die Brust. Plötzlich ruhte er diese Suge — narrte ihn ein Spuk! — war eine Komposition seines Vaters!

„Joe! Joe! Das Funkprogramm!"

„Well, Sir!"

Sieberhaft glitt sein Finger: „Uebersetzung des Orgelkonzerts aus dem Bremer Dom." —

Etwas fleißbeinig krazelt Organist Meyer die Wendeltreppe des Bremer Domes herab. Die letzten Andächtigen strömen dem breiten Portal zu; nur am Altar leuchten noch hochauferredt zwei Lichterbäume, an denen jetzt der Küster behutsam die Kerzen löst, die widerwillig aufknistern.

manchen Kreisen der Wirtschaft schon lange erstrebte Primat der Wirtschaft über die Berufsschule sich im Laufe der Zeit verhängnisvoll auswirken wird.

Das Berufs- und Fachschulwesen in Preußen ist ein Trümmerhaufen. Mit dem Berufsstand der Gewerbe- und Handelslehrer müssen alle Kreise, die bisher für dieses jüngste Kind unseres Schulwesens so großes Verständnis zeigten, gemeinsam mit vereinten Kräften für die Zurückgewinnung der verlorenen Stellungen kämpfen, für Zurückführung der abgetrennten fachlichen Schulen an ihr Stamministerium, Betreuung

des gesamten Berufsschulwesens wieder durch eine besondere Schulabteilung in diesem Ministerium zum Wohle der werktätigen Jugend, der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft.

Unsere Staatsmänner mögen daher nicht um geringfügiger Ersparnisse willen die Berufsschule vernachlässigen und so eine Kraft verschleudern, die wirtschaftlich und kulturell aufbauend wirkt. Denn dies würde Herabsetzung künftiger Produktivität bedeuten, die wir für die Wiedergewinnung unserer alten Weltgeltung nicht entbehren können. Nicht Ab-, sondern Auf- und Ausbau muß daher die Losung heißen! H. P.

# Umschau

## Jugendpflege in Preußen

Mit der Aufhebung des preußischen Wohlfahrtsministeriums schlen auch die staatliche Jugendpflege bedroht. Wir dürfen nun feststellen, daß die staatliche Jugendpflege auch weiter gefördert werden soll. Sie untersteht nunmehr dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, das auch die bewährten Leiter des Jugendpflegereferates, Ministerialrat Dr. Ritter und Frau Ministerialrätin Dr. Weber, mit übernommen hat. Auch dürfte der preußische Landesbeirat für Jugendpflege, Jugendbewegung und Leibesübung bestehen bleiben.

## Neuer Zuschuß für den FAD.

Es sind gegenwärtig 254 000 Arbeitsdienstwillige tätig. Da man ursprünglich nur mit 190 000 gerechnet hatte, ist der dafür zur Verfügung gestellte Betrag von 55 Millionen Reichsmark vorzeitig verbraucht. Es sollen deshalb nach einem Vorschlage des Reichsarbeitsministeriums weitere 30 Millionen RM. für den FAD. zur Verfügung gestellt werden. Dieser Zuschuß soll im wesentlichen für die Fortführung der geschlossenen Arbeitsdienstlager dienen. Während der Osten hauptsächlich geschlossene Arbeitslager hat, befinden sich im Westen im wesentlichen offene Arbeitslager. Im Westen stoßen die geschlossenen Lager teilweise auf starken Widerstand. Daher dürfte die einseitige Bevorzugung der geschlossenen Lager seitens der Regierung nicht gerade zweckdienlich sein, besonders da bisher nicht einmal 20 v. S. der Maßnahmen des FAD. im geschlossenen Lager durchgeführt wurden.

## Lehrlinge und Gesellen im Handwerk

Nach einer Berechnung des „Auschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der Deutschen Wirtschaft“ entfallen auf je 100 Gesellen in den Eisen- und Metallhandwerksbetrieben 84,4 Lehrlinge (215 649 zu 181 992), davon in den Schmiedbetrieben 129,6 (29 802 zu 38 625) und in den Schlosserbetrieben 118,1 (53 965 zu 63 711), in den Papier- und Dvervielfältigungsbetrieben 24,7 (76 607 zu 18 899), in den Leder- und Kautschukbetrieben 79,7 (18 004 zu 14 350) davon in den Sattlereien 107,9 (12 421 zu 13 407), in den Holz- und Schnitzstoffbetrieben 74,0 (158 475 zu 117 294), davon in den Stellmachereien 110,1 (15 359 zu 16 914) und in den Küfereien bzw. Böttchereien 77,0 (4483 zu 3450), in den Nahrungs- und Genussmittelbetrieben 58,4 (178 484 zu 104 201), davon in den Bäckereien 67,3 (80 635 zu 54 303) und in den

An der schmalen Tür zur Empore steht die weißhaarige Trude. Sie hört die schlürfenden Schritte ihres Mannes näher kommen. Wie er aus dem Halbdunkel auftaucht, drückt sie ihm herzlich die Hand: „War das schön, Gust! Knöpf dir man den Rock zu, wir haben Nordwind. Und nun aber nach Haus.“

Else summt sie noch den Anfang des letzten Liedes vor sich hin: „Dem Himmel hoch, da komm ich her...“

Vor der Haustür reinigt sich Vater Meyer am Kratzeisen umständlich die warmen Schafstiefel zum zusammengeballten Schnee. Trude hat zum Fest die Vielen blühweiß geschneuert, und da gibt es ein Donnerwetter, wenn er das Abpuhen vergißt.

„Du, im Briefkasten steckt was. Vielleicht haben Cords aus Celle geschrieben?“

Vater Meyer nickt nur, öffnet bedächtig den Briefkasten, sucht die Brille hervor und entfaltet im unsicheren Schein der Flurlampe ein Papier.

„Blih — Blihsunk — James — towen.“ Er reißt sich die Augen. Das stimmt doch, die Adresse? Jawohl an Herrn Organisten Meyer und so weiter.

„Welter, Vater!“

„Liebe Eltern! Dank für das Orgelkonzert. Komme Neujahr mit Bremen.“ Johann.

Auf dem alten Plüschsofa erholen sich beide von der Aufregung. Das mit dem Orgelkonzert will nicht in den alten Kopf hinein, nur das Eine: daß der Junge nach 35 Jahren wieder heimfindet.

Mutter Trude ist plötzlich wie mit Quecksilber angefüllt. Sie rutscht auf Filzpantoffeln um den harzduftenden Baum herum und summt das angefangene Lied weiter: „... ich bring euch gute neue Mär...“

Fleischereien 67,1 (56 946 zu 38 214), im Bekleidungs- und Reinigungs-gewerbe 70 (239 259 zu 167 704), davon in den Schuhmachereien 86,8 (38 803 zu 33 688) und in den Putzmachereien 80,8 (14 592 zu 11 750), im gesamten Handwerk 50,5 (1 517 046 zu 766 666).

## Wanderscheine für Arbeitslose

Männliche unterstützungsberechtigte Arbeitslose haben nach den Bestimmungen des § 169 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung das Recht, sofern sie ihre Lehre beendet haben, einen Wanderschein zu fordern. Voraussetzung hierfür ist, daß das Wandern zur Erlangung einer geeigneten Beschäftigung und beruflichen Weiterbildung zweckmäßig erscheint. Der Wanderschein, der vom Vorstehenden des Arbeitsamtes ausgestellt wird, darf für den Antragsteller im Jahre nur einmal ausgegeben werden und hat eine Gültigkeit von höchstens 10 Wochen. Inhaber von Wanderscheinen können in den Orten der Wanderschaft ihre Unterstützung in Empfang nehmen.

Im Sommerhalbjahr 1932, also in der Zeit vom 1. April bis 30. September wurden im gesamten Reichsgebiet 2372 solcher Wanderscheine ausgestellt. Die Ausichtslosigkeit, heute auch auf der Wanderschaft in anderen Gegenden Arbeit zu finden, hat viele Arbeitslose vor der Flucht auf die Landstraße zurückgeschreckt. Denn in der gleichen Zeit des Vorjahres wurden noch 5969 Wanderscheine ausgestellt. Während des Winters nimmt die Zahl der wandernden Arbeitslosen naturgemäß von selbst ab. Im letzten Winterhalbjahr wurden noch keine 400 Wanderscheine abgefordert. Die größte Anziehungskraft hat während des vergangenen Sommers auf die arbeitslosen Wanderburschen Bayern einschließlich der Pfalz ausgeübt. Nach den übrigen Gebieten war der Zug wesentlich geringer; Rheinland, Südwestdeutschland und die Nordmark wurden noch bevorzugt, Ostpreußen und Schlesien dagegen mehr gemieden.

Von den Wanderscheininhabern konnten nur zwei Arbeit im Ausland finden. Die größten Chancen innerhalb Deutschlands boten Bayern und Südwestdeutschland, wo rund 20 Prozent von denen, die überhaupt Arbeit bekamen, die Arbeit aufnehmen konnten. Bei den Inhabern von Wanderscheinen handelt es sich im wesentlichen um Arbeitslose im Alter von über 18 bis 30 Jahren. Dabei ist die Gruppe der über 21 bis 30jährigen am stärksten. Die jüngeren und älteren Arbeitslosen stellen nur einen geringen Anteil. Das erklärt sich dadurch, daß das Gesetz diese Altersgruppen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zuläßt. Nach Berufsgruppen aufgegliedert ergibt sich, daß rund 35 Prozent der Inhaber von Wanderscheinen der Maschinenindustrie und der Metallverarbeitung angehören. Das Holz- und Baugewerbe sind je mit 15 Prozent vertreten. Außerdem haben 15 kaufmännische und Büroangestellte im vergangenen Sommer ihr Heil auf der Wanderschaft versucht.

Von den 2373 Wanderscheinen des Sommerhalbjahres wurden 382 in Sachsen ausgestellt. In größerem Abstände folgen Niedersachsen mit 315, Bayern mit 283 und Rheinland mit 258. Die Wanderungsbewegung ist in diesen Gebieten überhaupt am stärksten.

## Sinnvoller Arbeitsdienst

Eine Reihe von Städten ist dazu übergegangen, Arbeitsdienstwillige auf in der Nähe der Stadt gelegenen Brachland anzusehen. Die jungen Menschen machen das Land urbar und erhalten die Anwartschaft auf ein Stück des von ihnen mitgeschaffenen Neulandes gleichsam als gutgeschriebenen Lohn. Sie bekommen später eine ausgiebige Schrebergartenstelle, die sie zwar nicht ganz ernähren kann. Sie jedoch bodenständig macht, so daß sie im Falle späterer Erwerbslosigkeit nicht völlig mittellos dastehen. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeitsdienstwilligen auf ihrer eigenen Scholle ganz hervorragende Arbeitsleistungen erzielen.

## Ergebnisse der Führerschulung

Das erste Führerschulungslager des Landesarbeitsamtes Brandenburg in Löwenberg an der Nordbahn ist beendet. Von den 60 Mann, die im Alter von 18—40 Jahren an der Führerschulung teilnahmen, haben 20 die Prüfung zur Leitung von großen Lagern bestanden, 20 die Prüfung zur Leitung von Lagern bis zu 30 Arbeitsdienstfreiwilligen. 20 Mann stellten sich als ungeeignet heraus. Es ist dieses das erste vorliegende Ergebnis eines Führerschulungslagers, das zeigt, daß etwa ein Prozentjah von zwei Drittel der ausgebildeten Führer tatsächlich den Anforderungen entspricht.

# Unsere Jugend am Werk

Dresden auf dem Posten. Trotz der politisch aufregenden Zeit, die anlässlich der letzten Reichstagswahl sich auch in unserer Jugendgruppe bemerkbar machte, veranstaltete die Ortsverwaltung am 22.-23. Oktober einen Wochenendkursus. Der Einladung wurde von einer ganzen Anzahl Lehrlingen und Jungkollegen Folge geleistet. Durch „Nachtgeländeübungen“ des Evangelischen Jungmännervereins sind allerdings ein gutes Duzend von der Teilnahme an unserem Kursus abgehalten worden. In Form von Arbeitsgemeinschaften wurde versucht, den drei gestellten Fragen: „Wie war es!“, „Wie kam es!“, „Was muß geschehen!“ eine Antwort zu geben.

Landesarbeiterlicher Kollege Kladecky konnte am Sonnabend aus eigenem Erleben von den ersten Kämpfen der christlichen Arbeiterschaft berichten. Er wußte unsere jungen Freunde im Innersten zu packen. Kartellvorsitzender Kollege Waraczewski behandelte die in der Zeitentwicklung bedingte Stellung des Arbeiters in der Vorkriegszeit. Er verstand es, gute Vergleiche mit den politischen Machenschaften der Herren des alten Kaiserreichs und den „Herren“ des neuen Deutschlands zu ziehen. Am Sonntagmittag wurden unter Leitung des Kollegen Jensch die der Jugendgruppe harrenden Aufgaben besprochen. Von arbeitslosen Lehrlingen wurde angeregt, eine Übungswerkstatt einzurichten, in der sich kurzarbeitende Lehrlinge und arbeitslose Jungmetallarbeiter in ihrer ihnen zwangsläufig auferlegten Freizeit praktisch und theoretisch im Beruf weiterbilden können. Die Wochenendschulung wurde beendet in dem einmütigen Versprechen aller Teilnehmer, alles zu tun, um dem Christlichen Metallarbeiterverband in dieser Notzeit neue Mitglieder zuzuführen und damit unserem Stand und unserem Volk Form und Gestalt zu geben. — Es liegt jetzt an den Teilnehmern, dieses Versprechen wahrzumachen. Je.

Jungens von der Waterkant — Hamburg. Allwöchentlich hatten sich im Monat Oktober unsere jungen Kollegen versammelt, um sich auszusprechen über die Lage auf der Arbeitsstätte und was geschehen müsse, die Jugendgruppe zu stärken. Anschließend hielt Kollege Proschl einen Experimental- oder gewerkschaftlichen Vortrag. Er sprach über: „Drahtlose Telegraphie“, „Radio, sein Wesen und seine Bedeutung in Wirtschaft und Gesellschaft“, „Dom Magnet zum Elektromotor“ und „Wie gewinnen wir Eisen!“ Aus gesundem Trotz gegen die gegenwärtigen reaktionären Volksfeinde wurde eines Abends mit allseitigem großen Interesse das Thema behandelt: „Arbeiterjugend, Dreiklassenwahlrecht und die Reichsverfassung von Weimar“. Die Diktaturlüste der Herrenklubleute, die Deutschland in dieselbe Isolation hineingeregeln wie die Machthaber vor dem Kriege, müssen zerbrechen an der Geschlossenheit, Einmütigkeit und Werbekraftentfaltung der Arbeiterschaft. Dieser Geist des Zusammenstehens muß auch die Jugendgruppe Hamburg befeelen. Kollege Chosinski bestritt einen Heimlich-ferisch-Abend. Er trug aus dem Buche: „Mensch in Eisen“ vor. So kernhaft und dauerhaft wie Eisen scharen sich unsere jungen und älteren Kollegen um die Führung unseres Verbandes jetzt und immerdar. .... 1.

Jugendversammlung in Köln. Am Donnerstag, dem 24. November, fand in der Jugendherberge zu Köln-Deutz eine Versammlung der Kölner Jugendgruppen des Christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Kollege Schlichter konnte als Versammlungsleiter eine stattliche Anzahl junger Kollegen begrüßen. Es war der Jugendleiter unseres Verbandes, Kollege Scherz aus Duisburg, erschienen, der über „Die Gegenwartsaufgaben der christlichen Gewerkschaftsjugend und ihre Stellung zum freiwilligen Arbeitsdienst“ begeistert und mitreißend sprach. Er begann mit der augenblicklichen Wirtschaftskrise, die einen großen Teil der deutschen Jugend erfaßt hat. Die Jugend wird in ihrem Schaffensdrang gehemmt, was eigentlich die schlimmste Folge der Krise bedeutet. Darum muß unser Verband in weitgehendem Maße sich der Jugend annehmen. Im

Jahre 1931 wurden 2077 Veranstaltungen, das sind ein Drittel sämtlicher Jugendveranstaltungen unseres Verbandes, e.gens für die Jungmitglieder durchgeführt. Es darf aber dabei nicht verkannt werden, daß eine Milderung der Not der erwerbslosen Jungkollegen nur durch Arbeitsbeschaffung erreicht werden kann. Aus diesem Grunde besahen wir den freiwilligen Arbeitsdienst. Wir müssen seine Entwicklung und Gestaltung von uns aus zu beeinflussen versuchen. Die Not der Jugend lassen wir nicht durch reaktionäre Einflüsse mißbrauchen. Den freiwilligen Arbeitsdienst sehen wir auch nur als eine vorübergehende Lösung zur Behebung der Not an. Er darf nicht als eine dauernde Einrichtung gelten. Die Arbeitsdienstpflicht lehnen wir in jeder Form ab. Zum Schluß erinnerte Kollege Föcher an den Lebenswillen unserer Jugend, die sich in keinem Fall unterkriegen lassen darf. Wir haben die Zukunft vor uns, und sie mitgestalten helfen, ist unsere Aufgabe. Die begeisterten Ausführungen wurden von einer aufmerksamen Zuhörerschaft aufgenommen. Das bewies auch der starke Beifall, der am Schluß erfolgte. Der Geschäftsführer der Ortsverwaltung, Kollege Klauke, gab anschließend einige Hinweise zur erfolgreichen Zusammenarbeit mit den älteren Kollegen. Kartellsekretär Leuninger kam nochmals auf den freiwilligen Arbeitsdienst zurück. Er gab über die Kölner Arbeitslager der christlichen Gewerkschaftsjugend einige Auskünfte. Einige Lieder, welche von einigen jungen Kollegen mit Gelben und Klapsen klangvoll begleitet wurden, sowie einige Prologe gestalteten den Abend zu einer abwechslungsreichen Zusammenkunft. Im Schlußwort wies der Versammlungsleiter auf die Winterarbeit hin, in der wir uns bereits befinden. Die einzelnen Gruppen Köln, Kalk, Humboldt und Mülheim arbeiten nach einem festen Programm, um eine Planmäßigkeit unserer Arbeit zu sichern. Nach Beendigung der Versammlung ging wohl jeder mit der Befriedigung nach Hause, etwas für die Zukunft mitgenommen zu haben. Christliche Gewerkschaftsjugend darf den Glauben an die Zukunft nicht verlieren. Verliert sie ihn, so gibt sie sich selbst auf. Das ist bei einem echten Gewerkschaftler nicht denkbar. K. W.

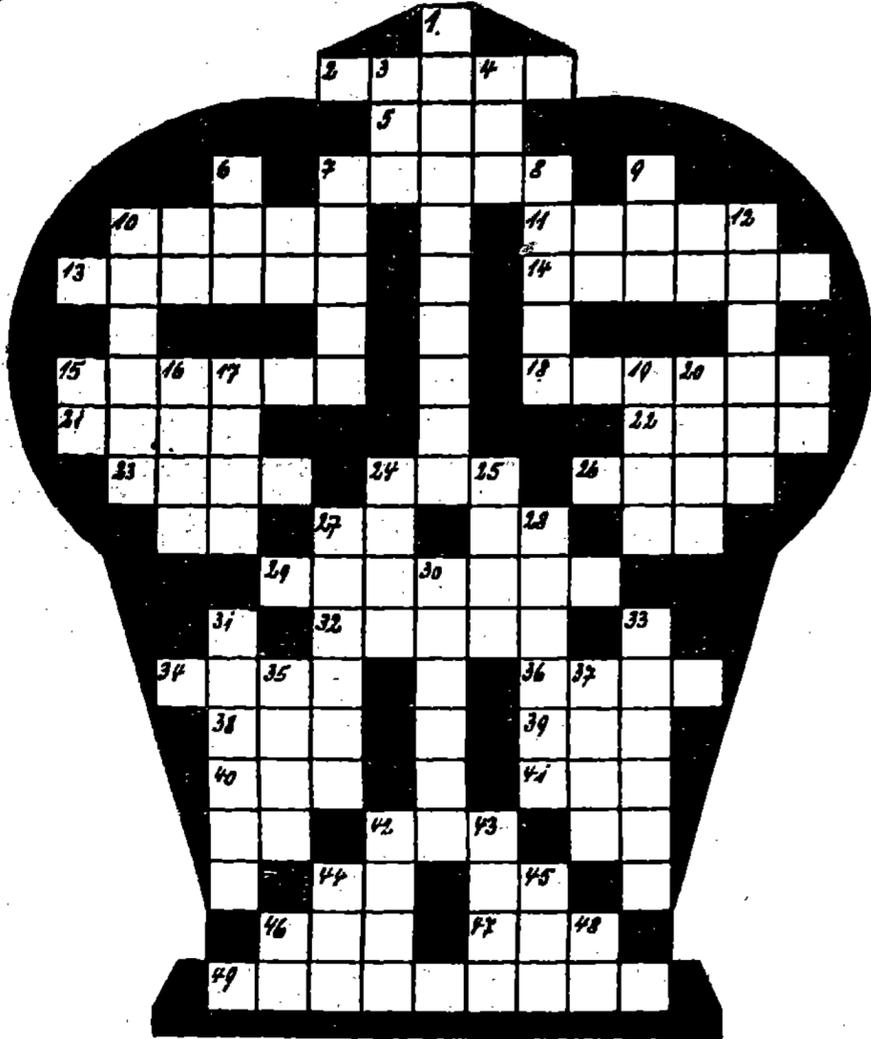


Osnabrück besichtigt das Heimatmuseum. Am Sonntag, dem 23. Oktober, hatten wir unsere Jugendabteilungen zu einer Besichtigung des Heimatmuseums Osnabrück eingeladen. Eine stattliche Zahl Jungmänner und einige ältere Kollegen hatten sich eingefunden. In dankenswerter Weise hatte der Direktor des Museums, Herr Dr. Gummel, die Führung übernommen. Dr. Gummel ist eine weit über die Grenzen von Niedersachsen bekannte Persönlichkeit. Wir lernten in zweistündiger Führung, in der er die Urgeschichte behandelte, einen Altertumsforscher kennen, der mit ganzer Gründlichkeit sich seiner Aufgabe widmet und über ein ganz umfassendes Wissen verfügt. Die Urgeschichte umfaßt die Zeit vom Auftreten des Menschen bis zum Einsetzen ununterbrochener geschichtlicher Ueberlieferung. Beim Fehlen schriftlicher Nachrichten sind Kenntnisse über urgeschichtliche Zustände hauptsächlich aus den Bodenfunden zu gewinnen, besonders aus den Siedlungen und Gräbern und den in ihnen liegenden Waffen, Werkzeugen, Geräten, Schmucksachen, Tongefäßen oder deren Bruchstücke. An einer Zeittafel sahen wir dann die Grundlage der urgeschichtlichen Zeitrechnung (Chronologie), das „Drei-Perioden-System“; das heißt die Einteilung in Steinzeit, Bronzezeit und Eisenzeit. Es wurde dann die ungefähre Zeitangabe der verschiedenen Einteilung angegeben. Wir sahen dann die Entwicklung eines Hochmoors in der Racheiszeit. Aus der Steinzeit wurde eine Reihe von Bildern von Riesensteingräbern gezeigt. Moore und Riesensteingräber gibt es in Niedersachsen eine stattliche Zahl. Wir sahen Feuersteinwaffen und -werkzeuge, Felssteinbelle, Streitärte, Arbeitsärte, das Modell einer Bohrvorrichtung, Tiefschaber, Trichterbecher, Krugenschnäbel, geschweißte Becher und vieles andere mehr. Aus der Bronzezeit konnten wir die Trachten der Menschen bewundern. Weiter sahen wir Waffen und Geräte, Terrinen, Töpfe, Schmuck usw. Aus der

Eisenzeit konnten wir dann noch allerhand schöne Sachen bewundern. Man sah, wie die Menschen vor Tausenden von Jahren mit den primitivsten Werkzeugen schon Künstlerarbeiten vollbrachten. Durch die klaren Erläuterungen des Führers war es leicht zu folgen. Alles war befriedigt und begeistert von dem Gehörten und Gesehenen. Mag die Jugend sich dadurch dankbar zeigen, daß sie dem Christlichen Metallarbeiterverband neue Mitglieder zuführt. „Also Jungmannen, frisch ans Werk!“

F. Vogt.

### Führer-Kreuzworträtsel

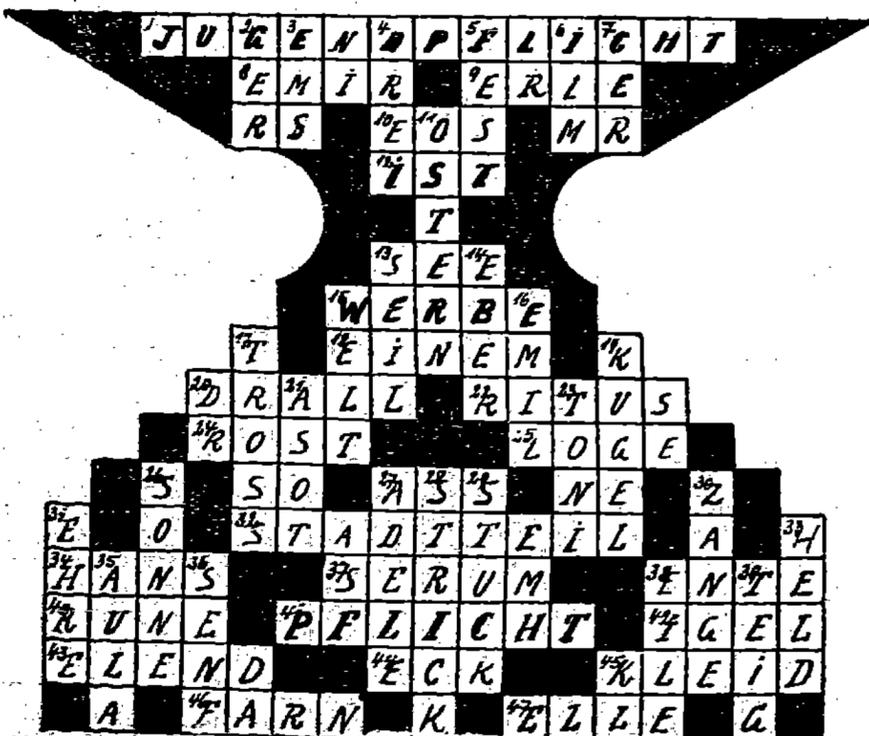


Waagrecht: 2 Befestigungsmittel, 5 germanischer Wurfspeer, 7 Unterkunft, 10 Stoffart, 11 germanische Beratung, 13 Befestigungsmittel, 14 Weissagung, 15, 18, 21 Arbeiterführer, 22 Gedankenausdruck, 23 Körperteil, 24 Abschiedsgruß, 26 Brennstoff, 29 Arbeiterführer, 32 Sabelwesen, 34 Pause, 36 Nebenfluß der Donau, 38 Landschaft zwischen Bergen, 39 Sirtengott, 40 Nebenfluß der Weichsel, 41 Name eines Filmlünstlers, 42 Gestalt aus der Nibelungen Sage, 46 Stammutter, 47 norwegischer Dichter, 49 Arbeiterführer.

Senkrecht: 1 Arbeiterführer, 3 lat. ich, 4 Reinigungsmittel, 6 brajllantische Stadt und Fluß, 7 Zeitungsfreund, 8 Stab, 9 weiblicher Rosenname, 10 Arbeiterführer, 12 Phrasenschwall, 16 Haushaltsplan, 17 Arbeiterführerin, 19 Gefäß, 20 Zahl, 24 Blutgefäß, 25 männlicher Vorname, 27 Winterport, 28 Naturarzt, 30 Preisnachlaß, 31 Arbeiterführer, 33 Sportgerät, 35 Kopfschmuck, 37 Nebenfluß der Mosel, 42 Verfügung, 43 Laubbaum, 44 Gruß, 45 englischer Ältel, 46 Nahrungsmittel, 48 lateinisch und.

M. F.

### Auflösung des Kreuzworträtsels aus Nr. 11



### Briefkasten

Ewald M. in A., Schwarzwald. Ich habe mich über den Erfolg, den Du bei Deinen Bastelarbeiten hattest, sehr gefreut. Der „Hammer“ wird im kommenden Jahre wieder allerlei hübsche Bastelarbeiten bringen. Jeder Junge wird etwas Passendes finden. Zum Bemalen der Figuren eignen sich Emaillelackfarben - Emailnfarben, Glasur etc. Diese sind in jeder Drogerie bzw. Farbhandlung zu haben. Diese Emaillefarben eignen sich auch zum Bemalen von Glas. Willst Du Dir aber Gelfarben selbst herstellen und diese gebrauchen, so mußt Du etwas Kopallack zusehen. Zeichne Dir das Muster auf ein Stück Papier, lege dies unter das Glas bzw. an die Innenseite des glatten Wasserglases und zeichne dann nach. Fehler lassen sich mit Terpentin entfernen, aber nur dann, wenn die Farbe noch frisch ist. Ich wünsche Dir vielen Erfolg. Hans B. in Untero, Württemberg. Ich schickte Dir einige Zeichnungen, die Dir Anregungen geben sollen. Selbst ist der Mann. Nächstens mußt Du aber angeben, welches Material Du verwenden willst, ob Eisenstäbe, Leisten oder Naturholz. Und dann im nächsten Jahr etwas früher anfangen. Josef P. in S., Oberschlesien. Das lob ich mir. Deine Erfindung ist sehr reizend, aber nicht neu, trotzdem muß ich Dich loben. Ferdinand W. in S. Darüber zerbrich Dir nur nicht den Kopf, in dem Du nur einen hast und der selbe nicht wieder zusammenwächst. Würden wir uns einen Erdglobus von 4 Meter Durchmesser herstellen, so würde der höchste Berg nur 3 Millimeter hoch, während die größte Tiefe des Ozeans nur 5 Millimeter beträgt. Unser tiefstes Bohrloch würde nur einen Nadelfisch von 1 Millimeter gleichen. Du siehst also sehr schon ein, daß der „falsche Irrtum“ bei Dir liegt. Otto, Wilhelm W. Ja, wenn ich das fertig bringen könnte, daß ich einen „einjährigen“ Lehrling durch eine kurze Briefkastenantwort zum Ingenieur machen könnte, dann — —, aber das male Dir einmal aus, was würde dann aus den Universitäten, Hochschulen, technischen Hochschulen usw. Man darf gar nicht daran denken. Aber einen Brief, in dem ich Dir einen ordnungsmäßigen Bildungsgang schilderte, habe ich Dir doch geschrieben. Hans Bühling, Geislingen. Ein an Dich gesandter Brief kam zurück mit dem Postvermerk: Welches von 4 Geislingen in Württemberg? Du siehst, daß auch die Post ratlos sein kann, wenn sie nicht findig sein will. Gib also bitte umgehend an, welches Geislingen in Frage kommt. Allen meinen Jungmannen in Stadt und Land wünsche ich ein reichgesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und frohes neues Jahr.

Meister Hämmertein,  
Duisburg, Stapeltor 17.

Schriftleitung für den „Hammer“: M. Föcher.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 18. Dezember 1932, ist der 52. Wochenbeitrag fällig.

In diesem Jahre sind 53 Wochenbeiträge zu entrichten. Am Sonntag, 25. Dezember, ist der 53. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 25. bis 31. Dezember. Am 1. Januar 1933 ist der erste Wochenbeitrag des Jahres 1933 fällig.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter:

#### Hauptteil:

Großbourgeoisie und deutsche Arbeiterschaft (G. W.), S. 677. Deynhäufener Schiedspruch und Rechtsprechung (W. Boshach), S. 678. Die Mehrbelastungen durch die Notverordnungen (Stürwald), S. 679.

#### Verbandsgebiet:

Rechtshuh-Saarbrücken (St.); Primmkenau vorwärts (R. Jaekel), S. 681. Dörfau: Unser freiwilliger Arbeitsdienst (J. Eikel); Jahrtage auf den Saargruben, S. 682.

#### Umschau:

Achtung! Zeitschriften-Versicherungsverträge (art.), S. 682.

#### Unterhaltung:

Pestalozzi (Wilhelm Schäfer), S. 681.

### Der Hammer:

Stiede auf Erden (M. F.), S. 683. Arbeitslose Lehrlinge in Metallgewerbe und -industrie (S. Krell), S. 684. Verwaltungsvereinfachung in Preußen und Berufsschule (S. P.), S. 684. Umschau, S. 686. Unsere Jugend am Werk, S. 687. Führer-Kreuzworträtsel, S. 688. Briefkasten, S. 688.

#### Unterhaltung:

Christklänge in zwei Welten (Emil Rath), S. 685.

#### Bekanntmachung:

Seite 688.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerol, e. G. m. b. H., Duisburg.